

Stenographisches Protokoll

über die

3. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 21. September 1909.

Inhalt:

Auflage.

Angelobung.

Petitionen.

Antrag der Abgeordneten Sodlbauer, Hilari und Genossen, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge.

Antrag der Abgeordneten Niemelmoser und Genossen, betreffend die Notstandsangelegenheit einiger Besitzer der Gemeinde Treglwang, Bezirk Piezen.

Antrag der Abgeordneten Pierer und Genossen, betreffend die Notstandsangelegenheit einiger Besitzer der Ortsgemeinde Stanz im Mürztal gehörigen Katastralgemeinden Dickenbach, Brandstatt und Pöflegg.

Antrag der Abgeordneten Dr. R. Verstovšek, Pišek und Genossen, betreffend die Gewährung von Notstandsunterstützungen für die durch den Hagel betroffenen Besitzer in den Bezirken Mährenberg, Windischgraz und Schönstein.

Antrag der Abgeordneten Dr. Benkovič, Terglav, Pišek und Genossen, betreffend den Notstand im politischen Bezirke Gills infolge Hagelschlag.

Antrag der Abgeordneten Josef Džmec, Anton Meško und Genossen, betreffend die Unterstützung der durch die Elementarereignisse in Notstand geratenen Besitzer in den Gerichtsbezirken Friedau und Pettau.

Antrag der Abgeordneten Roškar, Robič und Genossen, betreffend die Elementarschäden im politischen Bezirke Marburg.

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Jankovič, Franz Pišek und Genossen, betreffend die in mehreren Gemeinden des Gerichtsbezirkes Drahenburg am 26. Mai l. J. eingetretene Hagelkatastrophe.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gröhwang und Genossen, betreffend die sofortige Inangriffnahme der notwendigen Uferschutzbauten an dem Paltenbache bei Rottenmann und Selzthal.

Antrag der Abgeordneten Pferschy, Einspinner und Genossen, betreffend eine Notstandsunterstützung an die Bewohner des Marktes Burgau.

Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Berger und Genossen, betreffend den ehesten Ausbau der Bahnstrecke Hartberg—Gleisdorf.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erber, Langer und Genossen in Notstandsangelegenheiten.

Antrag der Abgeordneten Hagenhofer und Genossen, betreffend die Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen beim Abschluß von Handelsverträgen.

Antrag der Abgeordneten Mosdorfer, Einspinner und Genossen, betreffend eine Notstandsunterstützung für die durch das Hagelwetter betroffenen Gemeindeinsassen in Floing und zweites Viertel St. Kathrein am Offenegg.

Interpellation an den Landeshauptmann und den Landes-Ausschuß in Angelegenheit des Aushängens von Fahnen auf dem Landhause anlässlich der Südmärkfeier in Graz. — Beantwortung durch den Landeshauptmann.

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses mit Vorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die Verbaumung des Raarlbaches bei Ramsau (Beilage Nr. 19)
an den Landeskultur-Ausschuß;

2. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über die für die nächsten zehn Jahre in Aussicht stehenden Herstellungen und Umlagungen von Bezirksstraßen und über die Sicherstellung des Kredites für die übliche Subventionierung dieser Straßenbauten (Beilage Nr. 20)
an den kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschuß;

3. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wollachnehen im Gerichtsbezirke Luttenberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 155 Prozent im Jahre 1909 (Beilage Nr. 21);

4. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Globoko im Gerichtsbezirke Raasdorf um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 158 Prozent im Jahre 1909 (Beilage Nr. 22);

5. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Krafaudorf im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 171 Prozent im Jahre 1909 (Beilage Nr. 23);

6. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hochregitz im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 190 Prozent im Jahre 1909 (Beilage Nr. 24);

7. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Bezirkes Birkfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 75 Prozent im Jahre 1909 (Beilage Nr. 25);

8. des Berichtes des steierm. Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Aigen im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 200 Prozent im Jahre 1909 (Beilage Nr. 26) an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

Konstituierung des Unterrichts-, Eisenbahn- und Landeskultur-Ausschusses und des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten.

Antrag der Abgeordneten Hilari, Jodlbauer und Genossen, betreffend die Beschleunigung der Erledigung des Gesetzes, welches vom 3. November 1908, betreffend die Sozialversicherung.

Antrag der Abgeordneten Dr. Puchas und Genossen, bezüglich des Neubaus des Allgemeinen landesärztlichen Krankenhauses im Stiftingtal bei Graz.

Antrag der Abgeordneten Wastian, Neger und Genossen, betreffend den Bau der Bahn von Marburg nach Wies.

Antrag der Abgeordneten Dr. Puchas und Genossen wegen Gewährung von Unterstützungen zur Behebung der Futtermangel und zur Regenerierung von Wiesen.

Antrag der Abgeordneten Dr. Karl Verstoršek, Pišek und Genossen, betreffend die Uferschutzbauten der Paak im Bezirke Schönstein.

Antrag der Abgeordneten Dr. Verstoršek, Pišek und Genossen, betreffend die Regulierung des Mißlingbaches bis zur Einmündung in die Miß bei Unter-Drauburg.

Antrag der Abgeordneten Johann Krenn und Kern wegen Unterstützung der durch Hagelschlag schwer geschädigten Besitzer im politischen Bezirke Radkersburg.

Antrag der Abgeordneten Dr. Hofmann, Wastian und Genossen, betreffend die geplante Erhöhung der Frachentarife auf den Linien der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Antrag der Abgeordneten Einspinner und Genossen, betreffend die Errichtung einer k. k. Staatsseisenbahn-Direktion für Steiermark mit dem Standorte Graz.

Interpellation des Abg. Dr. B. Kufovec an den Statthalter wegen Nachsicht der durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Luttenberg gegen zahlreiche Marktbewohner von Wernsee wegen Übertretung eines Weideverbotes übermäßig hohen verhängten Geldstrafen.

Interpellation des Abgeordneten Wolfbauer und Genossen an den Statthalter, betreffend die Ersatzpflicht bei Unfällen im Automobilverkehr.

Konstituierung des Petitions-Ausschusses.

Beginn der Sitzung 11 Uhr 15 Minuten vor-mittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Alois Riegler und Josef Wolfbauer.

Von Seite der Regierung anwesend: Seine Erzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Aufgelegt wurde heute:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule in St. Georgen a. d. Südbahn. (Beilage Nr. 34.)

Antrag der Abgeordneten Wagner, Berger und Genossen, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 26. Februar 1907, wirksam für das Herzogtum Steiermark mit Ausschluß der Hauptstadt Graz, womit der § 7 der Straßenpolizei-Ordnung für die öffentlichen, nicht ärarischen Straßen vom 18. September 1870, L.-G.- u. B.-Bl. Nr. 52, abgeändert wurde. (Beilage Nr. 38.)

Antrag der Abgeordneten Wagner, Krenn und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 39.)

Antrag der Abgeordneten Wagner, Huber und Genossen, betreffend die Errichtung einer obligatorischen Elementarschadenversicherung. (Beilage Nr. 40.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Puchas, Schweiger, Gölls und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 41.)

Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Berger und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 42.)

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl und Genossen, betreffend den Ausbau der Bezirksstraße II. Klasse durch den sogenannten Schindergraben im Bezirke Mariazell. (Beilage Nr. 43.)

Antrag der Abgeordneten Schoiswohl, Berger, Prisching und Genossen, betreffend die Gewährung von Notstandsunterstützungen für die durch Elementarereignisse betroffenen Besitzer der politischen Bezirke Weiz, Hartberg, Mürzzuschlag, Bruck a. d. Mur und Leoben. (Beilage Nr. 44.)

Antrag der Abgeordneten Wagner und Genossen, betreffend die Anwendung geeigneter Mittel zur Einschränkung der Landflucht. (Beilage Nr. 45.)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johann Gerlig und Genossen betreffs Notstandsunterstützung. (Beilage Nr. 46.)

Antrag der Abgeordneten Roskar und Genossen, betreffend die Abhilfe des durch die Dürre und Schädlinge entstandenen Futtermangels in Untersteier. (Beilage Nr. 47.)

Antrag der Abgeordneten Korosec und Genossen in Angelegenheit der Vorlage eines Gesetzes-

wurfes, betreffend die Wahlen in den Landtag nach den Prinzipien des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. (Beilage Nr. 48.)

Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl, Kessel und Genossen auf Änderung der steiermärkischen Landesordnung. (Beilage Nr. 49.)

Antrag der Abgeordneten Kessel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den steiermärkischen Landtag. (Beilage Nr. 50.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Preditz im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1909. (Beilage Nr. 51.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Prüfung der allgemeinen Neuwahlen für die X. Periode des steiermärkischen Landtages. (Beilage Nr. 52.)

Der Herr Abg. Wastian ist heute zum erstenmale in dieser Session im hohen Hause erschienen und habe ich dessen Angelobung vorzunehmen (liest):

„Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritt in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.“

(Abg. Wastian leistet die Angelobung.)

Es liegt mir eine große Anzahl von Petitionen vor, die ich geschäftsordnungsgemäß zur Zuteilung zu bringen habe. Nachfolgende Petitionen beantrage ich, dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 1, der Rosa Müller, Volksschuldirektors-Waise, derzeit in Serge Tuzno, um eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 2, der Anna Dörmayer, Oberlehrerswitwe und formell befähigten Lehrerin weiblicher Handarbeiten, derzeit in Raindorf bei Leibnitz, um eine Pension in letzterer Eigenschaft. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 3, der Teilnehmer am Kurs an der k. k. Staatsgewerbeschule zur Heranbildung von Zeichenlehrern an gewerblichen Fortbildungsschulen, um einen Unterstützungsbeitrag. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 4, der pensionierten Lehrerin Anna Edlen v. Reichenberg, um Dienstzeitanrechnung.

(Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 5, des definitiven Lehrers Viktor Prohaska in Graz, um Dienstzeitanrechnung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 6, des definitiven Lehrers Ferdinand Schiller in Graz, um Zuerkennung der 2. Dienstalterszulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 7, der Lehrerin Emma Arzon in Graz, um Dienstzeitanrechnung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 8, des Komitees der Permanenten Lehrmittel-Ausstellung in Graz, um die bisherige Subvention von 800 K auch für 1910. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 9, der Lehrerin Barbara Stadler in Graz, um Dienstzeitanrechnung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 10, der Lehrerin Barbara Stadler in Graz, um Dienstalterszulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 11, des pensionierten Lehrers Anton Terstenjak in Pettau, um Erhöhung der Pension. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 12, des pensionierten Oberlehrers Anton Gaisch in Graz, um Erhöhung der Pension. (Überreicht durch Abg. Dr. Kratter.)“

„Petition Nr. 13, der Spitalverwalterwitwe Anna Tartler in Marburg, um Erhöhung der Gnadenpension. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 14, der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich in Wien, um eine Subvention für 1909. (Überreicht durch Abg. Staller.)“

„Petition Nr. 15, der praktisch befähigten Arbeitslehrerin Johanna Pratl in Kirchberg a. d. Raab, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 16, des Vereines zur Förderung österreichischer Erfindungen in Wien, um Beitritt des steiermärkischen Landtages zum Vereine. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 17, des k. k. Skriptors Dr. Friedrich Ahn in Graz, um eine Subvention von 200 K für die Herausgabe der steirischen Buchdruckergeschichte des 16. Jahrhunderts. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 20, des gewesenen Oberlehrers Josef Benko in Heiligengeist bei St. Georgen a. d. Stainz, um Unterstützung, eventuell um einen Gnadengehalt bis zur Wiederanstellung. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 23, der Filiale „Drantal“ des Slovenischen Alpenvereines in Maria-Rast, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 25, des Schulleiters Franz Salfigky in Baierdorf bei Anger, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 26, der Tierarzts-Waise Albine Reidinger, um Weiterverleihung ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 28, des Landes-Bürgereschullehrers Karl Lechner in Gills, um eine Personalzulage. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 29, des Oberlehrers Rudolf Wernbacher in Jrdning, um Dienstzeitanrechnung. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 30, des Steiermärkischen Kunstvereines in Graz, um eine Subvention von 1000 K für das 45. Vereinsjahr 1909/10. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 31, der Marktgemeinde Weiz, um Errichtung und Erbauung eines öffentlichen Landes-Krankenhauses in Weiz. (Überreicht durch Abg. Mosdorfer.)“

„Petition Nr. 32, der Marktgemeinde Weiz, um Errichtung einer Bürgerschule in Weiz. (Überreicht durch Abg. Mosdorfer.)“

„Petition Nr. 33, des Katholischen Frauenvereines in Graz, um eine Subvention für das Schutzhause für verwahrloste Schulmädchen. (Überreicht durch Abg. Hagenhofer.)“

„Petition Nr. 34, der Marie Rakuscha, Oberlehrerswitwe in Graz, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 37, der Marie Rauch, Siedenhause-Verwalterswitwe in Graz, um eine Unterstützung zur Bestreitung der Unterrichtskosten für ihre Tochter. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 40, der Antonie Rupnik, definitive Lehrerin an der Mädchen-Volkschule im Ferdinandeum in Graz, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 42, des pens. Oberlehrers Alois Friedrich in Graz, um Erhöhung der Pension. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 43, des Ersten steiermärkischen Privatbeamten-Vereines in Graz, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 44, der Anna Michhorn, landchaftl. Direktorswaise in Graz, um den Fortbezug der Gnadengabe per 600 K ab 1. Jänner 1910. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 45, der Theresia Ustjak, Lehrerin an der Franz Josef-Volkschule in Graz, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 46, der Theresia Allitsch, Oberlehrerswitwe in Radkersburg, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Edlen v. Rodolitsch.)“

„Petition Nr. 47, der Klothilde Aparnik, Lehrerswitwe in Videm, um den Fortbezug ihrer Gnadenpension vom 1. Juli 1910 an. (Überreicht durch Abg. Dr. Jankovič.)“

„Petition Nr. 48, der Österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen in Wien um eine Subvention pro 1909. (Überreicht durch Abg. Klammer.)“

„Petition Nr. 50, des Deutschen und Österreichischen Alpenvereines, Sektion Bruck a. d. Mur, um eine Subvention zur Erbauung des Ottokar Kernstock-Schutzhouses auf dem Rennfelde. (Überreicht durch Abg. Wolfbauer.)“

„Petition Nr. 51, der Marie Benz, Arbeitslehrerin in Rastach, um eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Göllles.)“

„Petition Nr. 52, der Marktgemeinde Vertretung Riegersburg, um eine Unterstützung für die durch Dürre und Hagel in Notlage geratenen kleineren Landwirte in der Gemeinde Riegersburg. (Überreicht durch Abg. Wagner.)“

„Petition Nr. 53, des Johann Ulrich, pens. Landes-Bürgereschuldieners in Judenburg, um Pensionserhöhung. (Überreicht durch Abg. Kunz.)“

„Petition Nr. 54, des Viktor Walter, Oberlehrers in Deutsch-Feistritz, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. v. Feyrer.)“

„Petition Nr. 55, des Ludwig Kováč, Oberlehrers in Aussen, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. Gerlig.)“

„Petition Nr. 56, des Johann Buchwein, Lehrers i. R. in Pichl ob Schladming, um eine einmalige Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Schoiswohl.)“

„Petition Nr. 57, des Konventes und Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Graz, um Subventionserhöhung. (Überreicht durch Abg. Schoiswohl.)“

„Petition Nr. 59, des Traugott Rubin, Fachlehrers an der Mädchen-Bürger Schule im Ferdinandeum, um Anrechnung von 5 1/4 Dienstjahren in die Pension. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 60, der Martha Frömcke, def. Lehrerin an der Mädchen-Volkschule in der Hirtengasse in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre vom 20. April 1885 bis 1. Juli 1895 zur Zuerkennung der Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 62, der Wilhelmine Vipauz, Lehrerin i. R. in Graz, um Aufhebung der Drittelung ihrer fünfzehn Unterlehrerjahre und Zuerkennung von zwei Quinquennien. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 63, der Sophie Nahlowsky, Lehrerin der Franz Josef-Mädchen-Bürger Schule in Graz, um Zuerkennung der 6. Dienstalterszulage. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 64, des Johann Pfeifer, Lehrers in Dechantskirchen, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 65, der Wilhelmine Kohl, Bürger schullehrerin in Graz, um volle Anrechnung ihrer Dienstzeit vom 24. November 1886 bis 1. Juli 1900 behufs Erlangung der Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 66, der Ernestine Winter, Lehrerin in Wolfsberg bei Wildon, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 67, der Emilie v. Blumfeld, Lehrerin an der Elisabeth-Mädchen-Volkschule in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 68, der Marie Neben v. Nebenfeld, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 69, der Luise Berger, Lehrerin in Frauenberg, um volle Anrechnung ihrer Dienstzeit vom 15. Oktober 1883 bis 1. Juli 1895. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 70, der Marie Grabner, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 71, der Wilhelmine Siegmund,

Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 72, der Jázilia Zalsky, Lehrerin in Wolfsberg bei Wildon, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 73, der Emma Groß, Lehrerin i. R. in Graz, um Zuerkennung von zwei Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 74, der Anna Gyri, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 75, der Josefine Holterer, Lehrerin in Graz, um volle Anrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 76, des Josef Artner, Lehrers i. R. in Gleisdorf, um Dienstzeitanerkennung. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 77, der Johanna Kompost, Oberlehrerswitwe in Graz, um eine jährliche Unterstützung von 100 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 78, des Katholischen Aus-
hilfsvereines in Gilli, um einen Gründungs-
und einen ständigen jährlichen Erhaltungsbeitrag für
die landwirtschaftliche Haushaltungsschule in Tüchern.
(Überreicht durch Abg. Robič.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-
antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es
ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Peti-
tionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vor-
beratung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Peti-
tionen beantrage ich dem Eisenbahn-Aus-
schusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 21, der Gemeinden Ober-
St. Kunigund, Wörtischberg, Witschein,
Platz, Sulztal und Speisenegg, um
Aufnahme der projektierten Eisenbahnlinie Marburg—
Wies in das Eisenbahnbauprogramm und um Über-
nahme von Stammaktien im Betrage von einer Mil-
lion Kronen. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 27, der Gemeinde Schloßberg,
um den Ausbau der Bahn Marburg—Wies. (Über-
reicht durch Abg. Dr. Puchas.)“

„Petition Nr. 49, der Marktgemeinden
Arnfelds und Leutschach, um Förderung des
Eisenbahnprojektes Marburg—Wies. (Überreicht durch
Abg. Fessler.)“

„Petition Nr. 61, der Gemeinde St. Georgen
a. P., Bez. Marburg, um den Ausbau der Bahn
Marburg—Wies. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen die Petitionen als dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zuzuwiesen (liest):

„Petition Nr. 18, der Marie Wimmer, Schwester des verstorbenen landschaftlichen Oberingenieurs Adolf Wimmer, um Weiterverleihung der Gnadengabe von 240 Kronen jährlich. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 19, der Franziska Tantscher, Lehrerswaise in Graz, um Weiterbezug ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 22, der Josefa Wesiak, Lehrerswitwe in Marburg, um eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Kobič.)“

„Petition Nr. 24, der Anna Kufowetz, Gemeindedienerswitwe in Pettau, um Fortbezug ihrer Gnadengabe von 120 K. (Überreicht durch Abg. Drnig.)“

„Petition Nr. 35, der Katharina Eberstaller, Kaufmannswitwe in Loosdorf, um Fortbezug ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Freiherrn v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 36, der Oberlehrerswitwe Theresie Longin in Graz, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Freih. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 38, der Beamtenswaise Luise Masten in Graz, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Freih. v. Kellersperg.)“

„Petition Nr. 39, der Oberlehrerswaise Karoline Lufan in Graz, um den Fortbezug ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 41, der Lehrerswaise Franziska Koschier in Graz, um Erhöhung ihrer Gnadengabe von 360 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

„Petition Nr. 58, der Obereinnehmerswaise Hedwig Koch in Graz, um Fortbezug ihrer erhöhten Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann v. Wellenhof.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungsantrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

In der letzten Sitzung ist mir eine größere Anzahl von Anträgen und auch eine Interpellation überreicht worden. Ich werde zuerst die Anträge durch die Herren Schriftführer zur Verlesung bringen lassen, und bitte ich den Herrn Schriftführer Wolfbauer, mit der Verlesung zu beginnen.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Jodlbauer, Hilari und Genossen, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle und den Abschluß der fälligen Handelsverträge.

Schwer leiden alle Schichten der Bevölkerung, die nicht über ein sehr hohes Einkommen verfügen, unter den erschreckend hohen Preisen aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Die Ursache dieser bedenklichen sozialen Erscheinung ist vor allem in den hohen Zöllen gelegen, die mit dem Zolltarif vom Jahre 1905 für Österreich festgesetzt wurden. Ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die österreichische Landwirtschaft außerstande ist, die notwendige Masse von Produkten auf den Markt zu stellen, derer die Bevölkerung zu ihrer Ernährung bedarf, wurde im Interesse des großen Grundbesitzes ein System zur Geltung gebracht, das immer größere Not und vermehrtes Elend bringen muß. Sollen nicht furchtbare soziale Schäden die unausbleibliche Folge der agrarischen Macht und des agrarischen Einflusses sein, unter denen dieser Zolltarif zustande kam, hat im allgemein öffentlichen Interesse raschestens alles zu geschehen, was möglich ist, um den herrschenden Notstandspreisen entgegenzuwirken. Unter den Mitteln, die hiezu in Betracht kommen, steht die Aufhebung der Getreidezölle und die Zulassung der Fleischeinfuhr obenan.

Die allgemeine Notlage wird noch verstärkt durch den Umstand, daß die österreichische Industrie, die ohnedies unter einer allgemeinen wirtschaftlichen Depression schwer darniederliegt, durch die Verschleppung des Abschlusses der lange schon fälligen Handelsverträge, vor allem mit den österreichischen Hinterländern, täglich größeren Schaden und uneinbringliche Verluste erleidet. Die allgemeine Krise ist ein Produkt des Kapitalismus, ihre Behebung nur durch die internationalen Kräfte, die am Weltmarkte wirken, möglich. Eine Besserung der Verdienstmöglichkeiten für die österreichische Industrie und die mit ihr zusammenhängenden Volkschichten, kann aber erreicht werden, wenn die wirtschaftliche Unsicherheit durch den Abschluß der längst fälligen Handelsverträge mit den Ländern des Absatzgebietes am Balkan beseitigt wird.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der steirische Landtag fordert eine Außerkraftsetzung der hohen drückenden Getreidezölle und die Zulassung der freien Fleischeinfuhr aus jenen Ländern, mit denen der Abschluß von Handelsverträgen fällig ist.

2. Als dringendst notwendig verlangt der steirische Landtag weiters vom Reichsrate die endliche Erledigung des Ermächtigungsgesetzes und von der Regierung, daß sie alle Vorfrage treffe, damit es endlich zum Abschlusse der längst fälligen Handelsverträge komme.

Graz, am 17. September 1909.

Josif Jodelbauer.

Zulius Hilari. Albert Horvatek.

Dr. Michael Schacherl. Hans Resel.

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Riemelmoser und Genossen, betreffend die Notstandsangelegenheit einiger Besitzer der Gemeinde Treglwang, Bezirk Liezen.

Hoher Landtag!

Am 9. August l. J. ist über Furth und Vorwald ein schweres Hagelwetter niedergegangen und hat die Feldfrüchte der hiedurch betroffenen Besitzer gänzlich vernichtet. Der Schaden bei den in hiesiger Gemeinde befindlichen Besitzern Franz Blanißer vulgo Leinmuth, Michael Haberl vulgo Schüttner und Johann Pichler vulgo Dahn in Furth beträgt insgesamt 10.000 K. Auch zwei arme Grundpächter, Maria Jesenko und Rupert Rapp, ferner der Grundbesitzer Kaspar Jansenberger in der Gemeinde Wald wurden hievon schwer betroffen.

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, eine möglichst ausgiebige Hilfe seitens des steiermärkischen Notstandsfonds oder aus Staatsmitteln für die schwer Geschädigten zu erwirken.“

Graz, am 17. September 1909.

Kaspar Riemelmoser.

Brandl. Johann Pierer.

Anton Werba. Größwang.

Karl Pferschy. Gerlig.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Pierer und Genossen, betreffend die Notstandsangelegenheit einiger Besitzer der zu der

Ortsgemeinde Stanz im Mürztal gehörigen Katastralgemeinden Dickenbach, Brandstatt und Posslegg.

Hoher Landtag!

Am 24. Juli 1909 ging um 1 Uhr nachmittags ein sehr heftiges Ungewitter über die obgenannten Gemeinden hernieder und wurden infolge Hagels nachstehende Besitzer schwer geschädigt: 1. In der Katastralgemeinde Dickenbach Franz Hölbling, Peter Dornhofer, Ferdinand Rosegger, Andreas Friesenbichler, Rudolf Rohlniber, Johanna Dchensberger, Urban Hochriemer, Lorenz Hirzenbauer, Anton Peintinger, Adam Rohlhofer, Hierzenbauer und Matthias Gallbumer; 2. in der Katastralgemeinde Brandstatt Kaspar Schöckl, Anton Peintinger, Adam Moser, Florian Wehlhütter, Anton Herfoß, Markus Schulhofer, Friedrich Knabl; 3. in der Katastralgemeinde Posslegg Pfriffel. Die vom Hagelschaden betroffene Fläche beträgt über 60 Hektar.

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, eine möglichst ausgiebige Hilfe seitens des steiermärkischen Notstandsfonds oder aus Staatsmitteln für die schwer Geschädigten zu erwirken.

Graz, am 17. September 1909.

Brandl.

Johann Pierer.

Ant. Werba.

K. Riemelmoser.

Größwang.

Gerlig.

Karl Pferschy.“

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. K. Verstoršek, Fr. Pišek und Genossen, betreffend die Gewährung von Notstandsunterstützungen für die durch den Hagel betroffenen Besitzer in den Bezirken Mahrenberg, Wind-
Graz und Schönstein.

Am 25. Mai ging über die Gemeinden Mißling, St. Algen und Pameče (Windisch-Grazer Bezirk) und über die Gemeinde Janzev Brh (Johannesberg) (Bezirk Mahrenberg) und am 26. Juli über die Gemeinden St. Johann am Weinberge und Korjak in der Gemeinde Wöllan (Bezirk Schönstein) ein furchtbares Hagelwetter nieder, welches an allen Kulturen einen überaus großen Schaden anrichtete.

Daher stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„a) Die k. k. Regierung wird ersucht, unverzüglich den Gemeinden Mißling, St. Algen, Pameče, So-

hannesberg, St. Johann am Weinberge und Wöllan mit Steuerabschreibungen und ergiebigen Unterstützungen aus öffentlichen Notstandsgeldern entgegenzukommen;

b) der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, den schwer geschädigten Grundbesitzern eine möglichst große Unterstützung zuteil werden zu lassen."

Graz, am 17. September 1909.

Dr. Karl Verstobšek.	Pišek.
Peter Novak.	Robič.
Dr. Korosec.	Brečko.
Dr. Benkovič.	J. Dzimec.
Roškar.	M. Meško.
Dr. Fr. Jančovič.	Terglav."

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Benkovič, M. Terglav, Pišek und Genossen, betreffend den Notstand im politischen Bezirke Cilli infolge Hagelschlag.

Mehrere Gemeinden des politischen Bezirkes Cilli wurden im heurigen Sommer durch Hagelschlag empfindlich geschädigt, so die Nat.-Gem. St. Georgen, St. Stefan, Marno, St. Gertraud, St. Christof, Belovo u. a. der politischen Gemeinde St. Christof, in denen in der Nacht vom 3. auf den 4. August l. J. in den Obst- und Weingärten sowie auf den Feldern alle Früchte vernichtet wurden, ferner zur selben Zeit die politischen Gemeinden Maria Graz (Pfarre St. Nikolaus), Dol, Trisail (Graßnik), Svetina, Prozin ob Dürnberg, Dürnberg, Umgebung Cilli, teilweise Gairach u. a.

Die Kulturen wurden beinahe gänzlich vernichtet; der Schaden ist umso empfindlicher, als die Bevölkerung auch an den Folgen der langandauernden Dürre stark leidet.

Wir stellen den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen, den durch Hagelschlag im politischen Bezirke Cilli geschädigten Grundbesitzern eine ausgiebige Hilfe zu gewähren."

Graz, am 17. September 1909.

Pišek.	Terglav.
Dr. Benkovič.	Brečko.
P. Novak.	Robič.
Roškar.	M. Meško.
Dr. Korosec.	Dr. Karl Verstobšek.
J. Dzimec.	Dr. Fr. Jančovič."

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Josef Dzimec, Anton Meško und Genossen, betreffend die Unterstützung der durch die

Elementarereignisse in Notstand geratenen Besitzer in den Gerichtsbezirken Friedau und Pettau.

Hoher Landtag!

Der furchtbaren Hagelkatastrophe vom 24. Juli d. J., die in den meisten Gemeinden des Friedauer und mehreren Gemeinden des Pettauer Gerichtsbezirkes einen unermesslichen Schaden an Feld-, Obst-, Wein- und Waldkulturen anrichtete, folgten im August l. J. in vielen vom Hagel schon früher heimgesuchten und in einigen Nachbargemeinden noch mehrere ziemlich stark verheerende Hagelschläge, die der dortigen Bevölkerung noch die letzte Hoffnung auf Herbstfrucht zunichte machten. Um dem bereits herrschenden und in den kommenden Wintermonaten noch erhöhten Notstande der betroffenen Besitzer wenigstens teilweise abzuhelpen, stellen die Unterfertigten den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen, es sei der notleidenden Bevölkerung der Gerichtsbezirke Friedau und Pettau an Geld und Lebensmitteln eine entsprechende Unterstützung zu gewähren."

Graz, am 17. Dezember 1909.

Josef Dzimec.

P. Novak.	Roškar.
Robič.	M. Meško.
Dr. Benkovič.	Brečko.
Pišek.	Dr. Korosec.
Terglav.	Dr. Karl Verstobšek.
Dr. Fr. Jančovič."	

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Roškar, Robič und Genossen, betreffend die Elementarschäden im politischen Bezirke Marburg.

Hoher Landtag!

Am 12. Juni dieses Jahres wurden viele Gemeinden des politischen Bezirkes Marburg vom Hagel und wolkenbruchähnlichen Regen betroffen. In den Katastralgemeinden Wolfstal und Gleufsek wurde das Erdreich aus den mit bedeutenden Kosten und Mühen neu arrondierten Weingärten hinweggeschwemmt. Mancherorts wurden die Rebenstöcke gänzlich unterspült und samt den Weingartstöcken hinweggetragen. Die unterhalb liegenden Wiesen und Äcker wurden derart verschüttet, daß jegliche Fehlung für das laufende Jahr vernichtet ist. Die diese Gemeinden durchziehende Bezirksstraße war an einer längeren Strecke mehr als 25 Zentimeter hoch mit Erdreich angeschüttet, welches mit Kosten abgeräumt werden mußte.

Weiters wurde am 24. Juni d. J. der südliche Teil des obgenannten politischen Bezirkes von einem orkanartigen Sturm mit Hagel heimgesucht.

Unter anderen wurden besonders hart betroffen die Gemeinden Spodnja in Zgornja Poličina, Čermenssek, Selce, Rimica, Korena, Sablance, Žikarce, Straže und Rogoznica.

Die Bevölkerung erleidet dadurch einen umso größeren Schaden, da fast sämtliche Kulturen und Früchte durch den Hagel vernichtet wurden und daher für Menschen und Tiere Nahrungsmittel fehlen. Da schon die Dürre des Vorjahres schwere Folgen hinterließ, ist die gänzliche Verarmung des Volkes zu gewärtigen, wenn nicht ehestens Land und Staat hilfreich eingreifen.

Demzufolge stellen die Gefertigten den

Antrag:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Den im politischen Bezirke Marburg vom Hagel und Überschwemmung schwer Betroffenen ist aus Landesmitteln eine ausgiebige Hilfe aus Vermitteln zu gewähren und ehestens zu verteilen.

2. Die hohe k. k. Statthalterei wird ersucht, bei der k. k. Zentralregierung dahin zu wirken, daß für die Bevölkerung hinreichende Geldmittel ehestens verabsolgt werden.“

Graz, am 17. September 1909.

Roškar.

Robič.

Dr. Fr. Jančovič.

Brečko.

Terglav.

J. Džmec.

Dr. Benkovič.

Dr. R. Berstovšek.

M. Meško.

Dr. Korosec.

Pišek.

P. Novak.

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Franz Jančovič, Franz Pišek und Genossen, betreffend die in mehreren Gemeinden des Gerichtsbezirkes Drahenburg am 26. Mai

l. J. eingetretene Hagelkatastrophe.

Hoher Landtag!

Am 26. Mai 1909 hat ein verheerender Hagelschlag einen großen Teil der in den Gemeinden Zmeno, Drenskorebro, Verače, Wierstein, Buče und Peilenstein gelegenen Weingärten zum Teil vollkommen vernichtet, zum Teil aber derartige Schäden am Rebenholze verursacht, daß dieselben erst nach Jahren als vollkommen geheilt angesehen werden müssen.

In der Gemeinde Zmeno wurden 69, in der Gemeinde Drenskorebro, speziell in der Katastralgemeinde Doblečice, 67 und in der Gemeinde Verače

24 Besitzer schwer geschädigt, während aus den Gemeinden Wierstein, Peilenstein und Buče detaillierte Angaben fehlen. Nach den Aussagen der unmittelbar nach der Katastrophe in Aktion getretenen Gemeindekommissionen zur Abschätzung der Schäden wurden einzelne Besitzer bis zu 95 Prozent für dieses Jahr und sehr erheblich noch für das kommende Jahr geschädigt. Auch die politischen Behörden haben sorgfältige Schadenserhebungen gepflogen.

Da viele von den in Mitleidenschaft gezogenen Besitzern nur auf den Ertrag der Weingärten angewiesen sind, andere noch unter den Folgen der vorjährigen Dürre und der heurigen zur großen Katastrophe gewordenen Weinfrühe leiden, da Käufer für den vorjährigen Wein ausblieben und sich die Leute daher tatsächlich in Not und Elend befinden, so stellen die Gefertigten den

Antrag:

„Die durch die Hagelkatastrophe am 26. Mai l. J. schwer betroffenen Besitzer der Gemeinden Zmeno, Drenskorebro, Verače, Wierstein, Peilenstein und Buče mögen aus Landesmitteln weitgehendst unterstützt werden.“

Graz, am 17. September 1909.

Dr. Franz Jančovič.

Dr. Korosec.

Pišek.

J. Džmec.

Roškar.

M. Meško.

Robič.

Brečko.

P. Novak.

Terglav.

Dr. Benkovič.

Dr. R. Berstovšek.“

Schriftführer **Wolfsbauer** (liest):

„Dringlichkeits-Antrag

der Abgeordneten Größwang und Genossen, betreffend die sofortige Inangriffnahme der notwendigen Uferschutzbauten an dem Paltenbache bei Rottenmann und Selzthal.

In der 63. Sitzung des steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 1908 wurde der Landes-Ausschuß beauftragt, die notwendigen Erhebungen zur Herstellung des Uferschutzes am Paltenbache bei Selzthal zu machen und in der nächsten Session Bericht zu erstatten.

Nachdem nun im heurigen Jahre durch das anhaltende Regenwetter die Uferabbrüche in so erschreckender Weise, insbesondere in der Ortschaft Neulassing bei Selzthal zugenommen haben, daß sogar die Wohnhäuser außerordentlich gefährdet sind, stellen die Gefertigten den Antrag, daß die Ufersicherung bei Rottenmann und Selzthal ohne Rück-

sicht auf die stattfindende Regulierung des Paltensflusses noch im heurigen Jahre durchzuführen ist.

Graz, am 17. September 1909.

Größwang.

R. Riemelmoser. Johann Pierer.

S. Bührlen. B. Franz.

Runz. Gerlig.

Reitter. Brandl.

Sedlacek.

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Pferschy**, **Einspinner** und Genossen, betreffend eine Notstandsunterstützung an die Bewohner des Marktes Burgau.

Höher Landtag!

Am 24. Juli l. J. verüßte eine Wetterkatastrophe einen großen Teil der Ost- und Südoststeiermark. Innerhalb weniger Minuten vernichtete ein heftiger Hagel weite bebaute Landstrecken. Schwer heimgesucht durch dieses Wetter wurden auch viele Bewohner des oststeirischen Marktes Burgau, denen die nahezu gereifte Feldfrucht im wahrsten Sinne des Wortes in den Erdboden hineingeschlagen wurde. Das Elend, dem die Betroffenen dadurch ausgesetzt wurden, läßt sich kaum schildern und ist es gewiß ein Gebot der Billigkeit, wenn dieser schwer geprüften Bevölkerung auch vom Lande Steiermark rasche Hilfe zuteil wird.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Es habe den durch die Hagelkatastrophe vom 24. Juli l. J. betroffenen Bewohnern des Marktes Burgau aus Landesmitteln eine dem großen Schaden entsprechende Notstandsunterstützung schleunigst zugeführt zu werden.“

Graz, am 16. September 1909.

A. Einspinner. Karl Pferschy.

Reitter. Moiss Langer.

Erber. Größwang.

Brandl. Pierer.

R. Riemelmoser. Gerlig.

Josef Mosdorfer. Leopold Feßler.“

Schriftführer **Wolfsbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Sagenhofer**, **Berger** und Genossen, betreffend den ehesten Ausbau der Bahnstrecke Hartberg—Gleisdorf.

Die Landeshauptstadt Graz wie nicht minder die Bevölkerung der östlichen Steiermark strebt schon seit langer Zeit eine direkte Bahnverbindung an. Nach

vielen Bemühungen und unter großen Opfern ist es gelungen, eine Bahnverbindung zwischen der östlichen Steiermark und der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien über den Wechsel zu erlangen. Das letzte Stück dieser Bahn, nämlich **Friedberg—Aspang**, wird bis Oktober 1910 dem Verkehre übergeben werden.

Die Folge dieses Bahnanschlusses wird sein, daß die östliche Steiermark der Reichshauptstadt Wien bedeutend näher gebracht wird, was für diesen Landesteil gewiß sehr wertvoll ist. Die weitere Folge wird aber sein, daß die östlich von **Pischelsdorf** gelegenen Landesteile von der Landeshauptstadt direkt abgezogen werden, da sie ja dann leichter nach Wien gelangen als nach Graz. Sowohl der Landeshauptstadt Graz als auch den Bewohnern der östlichen Steiermark ist sehr daran gelegen, daß eine derartige Entfremdung zwischen den betreffenden Landesteilen nicht platzgreife und beide Teile haben gewichtige wirtschaftliche Gründe, um eine günstigere Bahnverbindung zwischen der Landeshauptstadt Graz und der östlichen Steiermark anzustreben, als dies bisher der Fall ist. Dieser Zweck kann nur durch den Bau einer Bahn von **Hartberg** nach **Gleisdorf** erreicht werden.

Die Wichtigkeit des ehesten Ausbaues dieser nur 39 Kilometer langen Bahnstrecke wurde sowohl von der Regierung als auch vom steiermärkischen Landtag sowie allen übrigen Interessenten offen anerkannt, indem die Regierung 50 Prozent, das Land 30 Prozent und die übrigen Interessenten den Rest für die Ausarbeitung eines Detailprojektes für diese Bahn bereitwilligst geleistet haben.

Das Detailprojekt wurde der k. k. Regierung mit dem Ersuchen unterbreitet, die fragliche Bahn als Staatsbahn ehestens ausbauen zu wollen. Um dieses Ersuchen zu unterstützen, erscheint es geboten, daß der steiermärkische Landtag offen erkläre, daß er den Bau dieser Bahn für dringend notwendig erachte.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, bei der k. k. Regierung mit allem Nachdrucke darauf hinzuwirken, daß sie dafür Sorge trage, daß der Bau einer normalspurigen Hauptbahn von **Hartberg** nach **Gleisdorf** ehestens geschnell sichergestellt und mit dem Bau derselben längstens sofort nach Fertigstellung der Bahnstrecke **Friedberg—Aspang** begonnen werde.“

Graz, am 16. September 1909.

Tomaskich.

Sagenhofer.

Hosch.	Ferd. Berger.
J. Riemer.	Brising.
Joh. Rrenn.	Dr. F. Buchas.
Schweiger.	Wagner.
M. Riegler.	Kanzler.
Guber.	Schoiswohl.
Hans Gölles.	Schwab.

Kern."

Schriftführer **Riegler** (liest):

„Dringlichkeits-Antrag

der Abgeordneten Erber, Langer und Genossen in
Notstandsangelegenheiten.

Hoher Landtag!

Ein schweres Unglück hat den Bezirk Mahrenberg,
respektive einen Teil seiner Gemeinden getroffen.Die Gemeindefraße, die den Markt Hohenmauthen
mit seinem Hinterlande, die Ortsgemeinden Gegen-
tal, Pernigen, Sobot und St. Primon I verbindet,
wurde am Morgen des 28. August d. J. durch einen
furchtbaren Wolkenbruch zerstört, zwei Brücken total
weggetragen und an den anderen fünf Brücken solche
Beschädigungen zugefügt, daß sie nur zur Not mit
Karren befahren werden können.Die Ufer des Feistritzaches sind an mehr als
20 Stellen in vielen meterlangen Einrissen und Ein-
brüchen beschädigt, aller Uferschutz fortgerissen und
das Bachbett an vielen Stellen vollkommen verlegt
und die Straße zum Bachbett verwandelt. Die Straße
ist in einer Länge von mehr als 16 Kilometern an
vielen Stellen mehr als metertief ausgefokt.Seit Menschengedenken war der Feistritzbach nie so
furchtbar als am Morgen des 28. August d. J. in
einem Zeitraum von kaum einer Stunde.Jeder Verkehr ist ausgeschlossen, nur der Landbrief-
träger kann mit einem Umweg von zirka 3½ Stun-
den einen Brief nach Sobot bringen.Den vier Gemeinden ist es unmöglich, diese Schäden
an ihrem einzigen Verbindungsweg aus eigenen
Mitteln auszubessern; hat ja doch der Bezirk in An-
betracht der Armut dieser Gemeinden innerhalb
einiger Jahre aus seinen Mitteln drei Brücken aus
Zement und Eisen gebaut, wodurch das Unvermögen
der Gemeinde dokumentiert erscheint.Über Bitten der Gemeinden haben die Gefertigten
als die Vertreter des Bezirkes an den hohen Landes-
Ausfchuß und die hohe Statthalterei die Bitte ge-
richtet, die angerichteten Schäden erheben zu lassen,
und es waren der Ingenieur des Landes-Bauamtes
sowohl, als auch der Ingenieur der k. k. Statthalterei
bereits an Ort und Stelle und haben die Schäden
konstatiert.Der Bezirk bittet den hohen Landtag auf Grund
der gepflogenen Erhebungen hilfsreich einzugreifen
und auch bei der hohen Regierung die Bitte um Un-
terstützung wärmstens zu befürworten.Die notdürftigste und unbedingt notwendige pro-
visorische Verbindung muß hergestellt werden, weil
die Gemeinde Sobot alle Lebensmittel, jeden Bedarfs-
artikel von Hohenmauthen beziehen muß, dort auch
das Postamt, der Arzt, der Kaufmann und Hand-
werker ist, den die Gemeinde braucht.Die Gemeinden haben seit länger als 10 bis
15 Jahren 60 Prozent Gemeinde-Umlagen, die aber
kaum ausreichen, die Bedürfnisse ihrer einflussigen
Schule, ihrer Armen und ihrer Kirchen zu befriedigen!Groß ist die Armut, groß das Elend und nirgends
Hilfe, wenn nicht das Land und das Reich sie gewährt.Weitab vom Verkehre, von jeder Verbindung mit
außen, auf sich selbst und den Bezirk angewiesen,
bitten sie durch uns, ihnen hilfsreiche Hand zu bieten
und ihnen die Möglichkeit des Verbleibens auf der
heimatlichen und väterlichen Scholle zu ermöglichen.Hohenmauthen und Mahrenberg, den
16. September 1909.

M. Langer. Erber.

Reitter. Viktor Franz.

J. Drnig. Heint. Welisch.

Leopold Feßler. Ant. Werba."

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Sagenhofer und Genossen, be-
treffend die Wahrung der landwirtschaftlichen Inter-
essen beim Abschluß von Handelsverträgen.

Hoher Landtag!

Mit großer Besorgnis sieht besonders die Viehzucht-
treibende Bevölkerung dem bevorstehenden Abschluß
von Handelsverträgen mit den Balkanstaaten und
einigen überseeischen Ländern entgegen, da zu be-
fürchten ist, daß durch die Gestattung der Einfuhr
von Fleisch einerseits durch die Einschleppung von
Tierseuchen, und andererseits durch eine übermäßige
Konkurrenz die bedeutendste Einnahmequelle der
steirischen Landwirte völlig unterbunden werden wird.
Da es für die Landesverwaltung nicht gleichgiltig
ist, wenn die Steuerkraft eines so wichtigen Berufs-
kreises geschwächt wird, so stellen die Gefertigten
unter Hinweis auf die Bestimmung des § 19b der
Landesordnung folgenden

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausfchuß wird beauftragt, sofort bei
der k. k. Regierung unter Hinweis auf die nach-

teiligen Folgen für die landwirtschaftliche Bevölkerung in Steiermark Vorstellung gegen die Gestattung der Einfuhr von Vieh oder Fleisch aus den Balkanstaaten oder den überseeischen Ländern zu machen und zugleich darauf hinzuweisen, daß für den Fall, als eine derartige Bewilligung aus handelspolitischen oder anderen gewichtigen Gründen dennoch gegeben werden sollte, es ein unerlässliches Gebot der Gerechtigkeit sei, daß den so schwer geschädigten Landwirten eine entsprechende Entschädigung aus staatlichen Mitteln gegeben werde."

Graz, am 17. September 1909.

Hagenhofer.

Schwab. Tomaschik.

M. Riegler. Kern.

Guber. Dr. Franz Buchs.

Wagner. Kanzler.

Riemer. Schoiswohl.

Berger. Hofsch.

Joh. Krenn. Hans Gölles."

Schriftführer Riegler (liest):

"Antrag

der Abgeordneten Mosdorfer, Einspinner und Genossen, betreffend eine Notstandsunterstützung für die durch das Hagelwetter betroffenen Gemeindefassungen in Floing und zweites Viertel St. Kathrein am Offenegg.

Höher Landtag!

Ende Juli d. J. wurde die Oststeiermark von einem furchtbaren Hagelwetter, welches die gesamte Feldfrucht vernichtete, heimgesucht. Besonders beschädigt wurden die Gemeinden Floing und zweites Viertel St. Kathrein am Offenegg, und würde die dortige, ohnehin arme Bevölkerung in die bitterste Notlage versetzt, wenn nicht aus öffentlichen Mitteln Hilfe, rasche Hilfe käme.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Das hohe Haus wolle beschließen:

"Für die Ende Juli l. J. vom Hagelwetter geschädigten Bewohner der Gemeinden Floing und zweites Viertel St. Kathrein am Offenegg im Bezirke Weiz wird eine entsprechende Notstandsunterstützung aus Landesmitteln bewilligt."

Graz, am 17. September 1909.

Josef Mosdorfer.

M. Einspinner. Größwang.

Franz Meger. Reitter.

B. Franz. M. Langer.

Anton Werba. Heinz. Welisch.

Fr. Pichler. Anton Otter."

Landeshauptmann: Diese 14 Anträge werden in Druck gelegt und sodann der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

In der letzten Sitzung ist mir vom Herrn Abg. Dr. Berstovšek eine Interpellation überreicht worden, welche in slovenischer Sprache verfaßt ist. Ich habe mir zu dieser Interpellation durch einen autorisierten Übersetzer eine deutsche Übersetzung besorgen lassen und werde nunmehr die übersetzte Interpellation dem Herrn Interpellanten übergeben, wenn er sie zu verlesen wünscht, und werde sodann die deutsche Übersetzung von einem der Herren Schriftführer zur Verlesung bringen lassen, um sodann diese als authentischen Text dem Protokoll einzuberleiben.

Ich erteile dem Herrn Abg. Dr. Berstovšek zur Verlesung der Interpellation das Wort.

Abg. Dr. Berstovšek (L.-G. Windisch-Graz): Bevor ich die mir von Sr. Exzellenz dem Herrn Landeshauptmann übergebene Interpellation in slovenischer Sprache verlese, gestatte ich mir, kurz gegen diesen Vorgang Stellung zu nehmen. Ich bin bereit, dem Wunsche Sr. Exzellenz nachzukommen und diese Interpellation vorzulesen, aber ich erlaube mir namens meiner Klubgenossen zu erklären, daß wir nicht in der Lage sein werden, immerfort vom Abgeordnetenstische aus die Interpellationen zu verlesen, denn das ist Sache der Schriftführer und nicht die der Abgeordneten; dazu sind die Schriftführer da. (Widerspruch. — Abg. Dr. Korossek: „Es ist eine landesübliche Sprache und sind daher auch in dieser die Interpellationen zu verlesen!“ — Abg. Wastian: „Sie sind doch Priester! Sie gebärden sich aber als der betriebsamste Fehdehandschuhmacher der Windischen!“) Wir müssen unser Recht verteidigen. (Abg. Wastian: „Warum regen Sie sich so auf, das ist Provokation!“ — Zursue: „Das kümmert Sie gar nichts, Sie haben nichts zu sagen!“ — Abg. Dr. Hofmann v. Wellenbof: „Sind Sie nicht so aufgeregt und denken Sie an die christliche Milde!“ — Unruhe.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich habe dem Herrn Abg. Dr. Berstovšek das Wort erteilt und ich ersuche, die Interpellation zur Verlesung zu bringen. Sollte er die Interpellation nicht zur Verlesung zu bringen wünschen, so werde ich den authentischen Text zur Verlesung bringen lassen.

Abg. Dr. Berstovšek: Ich werde sofort mit der Verlesung beginnen und bitte, nur dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft ein befriedigender Modus geschaffen werde. (Rufe bei den Slovenen: „So ist's!“ — Abg. Dr. Berstovšek beginnt die Interpellation in slo-

venischer Sprache zu verlesen. Lebhaftige Unruhe. Rufe: „Das lassen wir uns nicht bieten!“

Landeshauptmann (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, meine Herren, der Vorgang, den ich in Vorschlag gebracht habe, ist seit wenigstens 20 Jahren im Landtage zur Regel geworden. Im Jahre 1890 ist unter dem Voritze des damaligen Landeshauptmannes Grafen Wurmbbrand meines Erinnerns das erste mal eine Interpellation in slovenischer Sprache eingebracht worden und seither haben wir es immer so gehalten, wie ich es heute in Vorschlag gebracht habe, daß die Interpellation, die in slovenischer Sprache verfaßt ist, vom Interpellanten zur Verlesung gebracht und von Seite des Präsidiums die deutsche Übersetzung zur Kenntnis des hohen Hauses gebracht und sodann dem Protokoll einverleibt wurde. Ich ersuche das hohe Haus, an diesem Vorgange auch heute festzuhalten und die Verlesung der Interpellationen nicht weiter zu hindern. Ich bitte den Herrn Abg. Dr. Berstovšek, die Verlesung der Interpellation fortzusetzen.

Abg. **Dr. Berstovšek** (setzt die Verlesung der Interpellation in slovenischer Sprache fort. — Unruhe. — Abg. Dr. Korosec: „Ruhe, Ruhe!“ — Abg. v. Ritter-Bahony: „Die Herren scheinen sich dabei selbst am besten zu unterhalten!“ — Rufe bei den Slovenen: „Es ist keine Ruhe, wir verstehen nichts!“ — Abg. Wastian: „Im Raibacher Landtag geht es anders zu!“ — Abg. Rohiz: „Wir haben hier das Recht, in unserer Muttersprache zu sprechen.“ — Rufe: „Aber wir verstehen nichts!“ — Abg. Rohiz: „Dann lernen Sie es!“)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Herren, wahren Sie doch die Würde des hohen Hauses. (Rufe: „Die Slovenen sollen die Würde des hohen Hauses wahren!“ — Unruhe.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich habe die Bitte um Aufrechterhaltung der Ruhe an das gesamte Haus gerichtet und dabei keine Partei und keine Personen genannt. (Ruf: „Hier ist die Verhandlung deutsch und nicht slovenisch!“ — Abg. Dr. Rukobec: „Sie werden sich schon daran gewöhnen müssen!“ — Lebhafter Widerspruch.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte sehr, das Wort hat der Herr Abg. Dr. Berstovšek und ich bitte denselben, die Verlesung zu Ende zu führen.

Abg. **Dr. Berstovšek** (vollendet die Verlesung der Interpellation in slovenischer Sprache unter fortgesetzter Unruhe.)

Landeshauptmann: Ich werde den Herrn Schriftführer Wolfbauer bitten, die deutsche Übersetzung zur Kenntnis des hohen Hauses zu bringen.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):
Übersetzung aus dem Slovenischen.

Interpellation

an den Landeshauptmann Erzellenz Grafen Attems und den Landes-Ausschuß in Angelegenheit des Aufhängens von Fahnen auf dem Landhause anlässlich der Südmärkfeier in Graz.

(Rufe: „Hört!“)

Am 6. Juni 1909 fand in Graz eine Feier des alldeutschen Vereines Südmärk (Abg. Wastian: „Ein kleines Demunziationschen!“) statt, bei welcher der Landeshauptmann, beziehungsweise der Landes-Ausschuß das Bedürfnis fühlte, auf dem Landhause verschiedene Fahnen aufzuhängen und dadurch der Öffentlichkeit seine entschiedene Parteilichkeit für den gegen die Slovenen überaus feindlichen Verein Südmärk zeigte. Durch diese Tat (Rufe: „Oho!“) hat der Landeshauptmann, beziehungsweise der Landes-Ausschuß das Gefühl eines Drittels der Bevölkerung von Steiermark, das ist der Slovenen, verletzt (Rufe: „Unglaublich!“), die bei einem solchen Vorgehen als Einwohner des Landes kein rechtes Vertrauen zum Landeshauptmann (Rufe: „Unerhört! Das ist großartig!“), beziehungsweise Landes-Ausschuß haben können.

Als das slovenische Volk von dieser Manifestation erfuhr (Ruf: „Wer ist das slovenische Volk?“ Ruf: Der Dr. Korosec!“ Abg. Otter: „In Graz gibt es keine Slovenen!“), war es mit Recht empört, weil es das für die Slovenen verderbliche Wirken der Südmärk in Untersteiermark gut kennt, die die autochthone slovenische Bevölkerung enteignet und Protestanten (Abg. Wastian: „Das riecht nach Weihrauch!“) aus Deutschland an der Grenze ansiedelt. (Rufe: „Oho!“ Heiterkeit!)

Aus diesem Grunde gestatten sich die Unterfertigten an Se. Erzellenz Grafen Attems die

Anfrage

zu stellen:

1. Wurden die Fahnen bei dieser Gelegenheit mit seinem Wissen und über seinen Auftrag aufgehängt?
2. Ist Se. Erzellenz Graf Attems gewillt, in Zukunft zu versprechen, (Abg. Otter: „Zu schwören!“) beziehungsweise alles zu veranlassen, daß solche Manifestationen auf dem Landhause, die direkt die Gefühle der Slovenen Steiermarks verletzen, verhindert werden? (Abg. Großwang: „Wiederholt werden!“ Abg. Wastian: „Was haben sie alles den

Deutschen in Laibach angetan!“ Abg. Erber: „Die haben's gleich bei der Gurgel zugefaßt!“)

Graz, am 17. September 1909.

Terzlab. Dr. Karl Verstoršek.

J. Dzmeč. Pišek.

Dr. Fr. Jančovič. A. Meško.

Dr. Benkovič. Brečko.

Roškar. Novak.

Robič. Dr. Korošec.“

Landeshauptmann: Diese Interpellation gebe ich mir die Ehre, sofort zu beantworten, wie folgt:

Zur Zeit, als von den Veranstaltern der Festfeier aus Anlaß des 20jährigen Bestandes des Vereines Südmärk die Bitte an mich gerichtet wurde, zu veranlassen, daß während der Dauer des Festes auch das Landhaus mit Fahnen geschmückt werde, war ich nicht mehr in der Lage, diese Angelegenheit in einer Sitzung des Landes-Ausschusses zur Sprache zu bringen, — wie dieses meine Gewohnheit in Hinsicht auf ähnliche, an mich gestellte Begehren ist — sondern mußte in diesem Falle selbständig mich entscheiden.

In Anbetracht des Umstandes, daß der Herr Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz mit der Aufforderung an die Bevölkerung sich gewendet hatte, anläßlich dieses Festes die Häuser zu beslaggen und mit Rücksicht auf die wiederholten Beschlüsse des hohen Landtages, mit welchen dem Vereine Südmärk Subventionen bewilligt worden sind (Lebhafter Beifall) und ich mich daher mit der dem Vereine wohlwollenden Gesinnung der Mehrheit der hohen Landesvertretung (Rufe: „Sehr richtig!“) in Widerspruch gesetzt haben würde, wenn ich die an mich gerichtete Bitte abgewiesen hätte, (Bravorufe), habe ich den Auftrag zur einfachen Beslaggung des Landhauses während der Festtage erteilt. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen, Unruhe, Lärm bei den slowenischen Abgeordneten.)

Dieser Vorgang wurde in der nächstfolgenden Sitzung des Landes-Ausschusses vom Herrn Landes-Ausschußbeisitzer Franz Robič zum Gegenstande einer Anfrage und sodann eines Protestes gemacht (Beifall bei den slowenischen Abgeordneten) und habe ich die Anfrage im Sinne meiner heutigen Ausführungen beantwortet und dabei auch hervorgehoben, daß ich in dieser Beslaggung eine gegenüber der slowenischen Bevölkerung Steiermarks ausgeführte Demonstration nicht erblicken könne und mir gewiß nichts ferner gelegen war, als eine solche zu beabsichtigen. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Wir gehen nunmehr zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand derselben ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Gesetzentwurfes, betreffend die Verbaunung des Raarlaches bei Ramjan (Beilage Nr. 19).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Landeskultur-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die für die nächsten zehn Jahre in Aussicht stehenden Herstellungen und Umlegungen von Bezirksstraßen und über die Sicherstellung des Kredites für die übliche Subventionierung dieser Straßenbauten.

(Beilage Nr. 20).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den kombinierten Finanz- und Landeskultur-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Ich möchte mir sofort die Bitte erlauben, daß die Mitglieder des Finanz- und Landeskultur-Ausschusses nunmehr auch die Konstituierung dieses kombinierten Ausschusses vornehmen mögen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Wollachneken im Gerichtsbezirke Luttenberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 155 Prozent im Jahre 1909

(Beilage Nr. 21).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **v. Fejrer:** Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

Landeshauptmann: Zur Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abg. Dr. v. Raan zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Abg. **Dr. v. Raan** (Graz II.—VI. Stadtbezirk): Dieser Punkt, wie die nächsten Punkte 4 bis 8 betreffen vollkommen gleichartige Angelegenheiten. Ich erlaube mir zur Vereinfachung und Beschleunigung der Geschäftsbehandlung den Antrag zu stellen, diese Punkte 3—8 unter einem in Verhandlung zu ziehen.

Abg. **Dr. Korošec** (M. B. Marburg): Wir schließen uns diesem Antrage an in dem Sinne, daß kein Präjudiz dadurch geschaffen wird, und falls eine Verwahrung bei einem oder dem anderen Berichte eingelegt wird, über denselben besonders zu verhandeln und abzustimmen ist.

Landeshauptmann: Ich halte das für selbstverständlich und nachdem kein Einwand erhoben wurde, werde ich das abgefürzte Verfahren einhalten. Wir kommen nun, weil die Zuweisungsfrage zu erledigen ist, zunächst zu Beilage Nr. 21, deren Inhalt ich schon verlesen habe, dann zu Beilage Nr. 22, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Globoko im Gerichtsbezirke Rann um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 158 Prozent im Jahre 1909.

Beilage Nr. 23, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Krafendorf im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 171 Prozent im Jahre 1909

und

Beilage Nr. 24, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Hochregitz im Gerichtsbezirke Voitsberg um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 190 Prozent im Jahre 1909.

Beilage Nr. 25, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Bezirkes Birkfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 75 Prozent im Jahre 1909.

Beilage Nr. 26, das ist der Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Aigen im Gerichtsbezirke Föding um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindevumlage von 200 Prozent im Jahre 1909.

Ich erlaube mir, Herrn Landes-Ausschußbeisitzer v. Fehrer zu fragen, ob er den zu Punkt 3 der Tagesordnung gestellten Antrag auf die soeben verlesenen Berichte Punkt 4 bis inklusive 8 ausdehnt?

Landes-Ausschußbeisitzer **v. Fehrer:** Ich schließe mich diesem Antrage an und bitte, diese Vorlagen dem Sonder-Ausschusse für Gemeindeangelegenheiten zur Vorberatung zuzuweisen.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Es wäre somit die Tagesordnung erschöpft.

Ich habe den Herren bekanntzugeben, daß mir die Mitteilung über die Konstituierung folgender Ausschüsse geworden ist:

Der Unterrichts-Ausschuß hat sich konstituiert und gewählt: Zum Obmann Herrn Universitäts-Professor Dr. Kratter, zum 1. Obmann-Stellvertreter Herrn Abg. v. Mayr-Melnhof, zum 2. Obmann-Stellvertreter Herrn Dr. Franz Buchas, zu Schriftführern die Herren Anton Ditter und Kaspar Gotsch.

Der Eisenbahn-Ausschuß hat sich konstituiert und gewählt: Zum Obmann den Herrn Abg. Grafen Lamberg, zum 1. Obmann-Stellvertreter Herrn Drnig, zum 2. Obmann-Stellvertreter Herrn Wagner und zu Schriftführern die Herren Franz, Reger, Schweiger und v. Mayr-Melnhof.

Der Landeskultur-Ausschuß hat sich konstituiert und gewählt: Zum Obmann Herrn Größwang, zum 1. Obmann-Stellvertreter Herrn Riegler, zum 2. Obmann-Stellvertreter Herrn Brandl und zu Schriftführern die Herren Kaspar Riemelmoser und Franz Pisek.

Der Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten hat folgende Funktionäre gewählt: Zum Obmann Herrn Capra, zum 1. Obmann-Stellvertreter Herrn Freih. Frahd v. Frahdenegg, zum 2. Obmann-Stellvertreter Herrn Gölles und zu Schriftführern die Herren Arenn, Emil Kunz und Anton Werba.

Es steht somit von der letzten Sitzung noch die Konstituierung des Finanz-Ausschusses und des Petitions-Ausschusses aus und ich erlaube mir die Bitte zu wiederholen, daß sich der kombinierte Finanz- und Landeskultur-Ausschuß konstituieren möge.

Es sind mir im Laufe der heutigen Sitzung wieder eine Reihe von Anträgen und Interpellationen zugekommen, die ich die Herren Schriftführer bitten möchte, jetzt zur Verlesung zu bringen, da ich sie bereits durchgesehen habe.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Silari**, **Jodlbauer** und Genossen, betreffend die Beschleunigung der Erledigung des Gesetzentwurfes vom 3. November 1908, betreffend die Sozialversicherung.

Beinahe zehn Jahre sind es, seitdem das Abgeordnetenhaus den sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag, betreffend die Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung, einstimmig angenommen hat; fünf Jahre sind verflossen, seit der Vorlage des Körber'schen „Programmes für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung“ und seit einem Jahre harret der Gesetzentwurf der Regierung über die Sozialversicherung seiner Erledigung.

Zehn Millionen erwerbstätiger Menschen warten vergeblich auf die Verwirklichung dieses Entwurfes und es hat in der Bevölkerung eine Stimmung bitterster Enttäuschung geweckt, daß dieser äußerst wichtigen Vorlage alle übrigen, minder wichtigen Bedürfnisse vorangestellt werden.

Zu lange schon hat man die arbeitende Bevölkerung mit diesem Volksbedürfnisse hingehalten und sie hat gewiß das Recht, vom Parlamente die rascheste Erledigung zu fordern.

Aber nicht nur im Interesse der Millionen Erwerbstätigen ist es gelegen, daß den arbeitsunfähigen und altersschwachen Arbeitern ihr selbsterworbener Rechtsanspruch auf Versorgung anstatt des demütigenden Almosen werde, sondern auch im Interesse der Gemeinden und des Landes liegt es, daß dieser Gesetzentwurf raschest verwirklicht werde, damit auch für das Land eine Erleichterung bezüglich der Lasten für Armenfürsorge ehestens platzgreifen könne.

Diese Lasten sind sehr bedeutende und übersteigen im Jahre 1910 schon die Summe von drei Millionen Kronen, weshalb auch seitens des Landes gefordert werden muß, daß die Reform raschestens zustande komme.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der steirische Landtag fordert die Regierung und das Parlament zur unverzüglichen Erledigung des Gesetzentwurfes vom 3. November 1908, betreffend die Sozialversicherung, auf.

Graz, 21. September 1909.

Zul. **Silari**. **Josef Jodlbauer**.
Dr. **Michael Schacherl**. **Albert Horvath**.“

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Dr. Buchas** und Genossen, bezüglich des Neubaus des Allgemeinen landchaftlichen Krankenhauses im Stiftingtal bei Graz.

Hoher Landtag!

Nach dem Berichte des „Grazer Tagblatt“ (Abendausgabe vom 20. September) sind beim Neubau des Allgemeinen Landes-Krankenhauses verschiedene schwerwiegende Fehler gemacht worden, die sich in der Hauptsache in folgende Punkte zusammenfassen lassen: 1. Ungewöhnliche Überschreitung des präliminierten Betrages. 2. Unnötige Verschleppung in der Fertigstellung des Baues. 3. Planlose Arbeiten, indem verschiedene Objekte vollständig im Baue vollendet wurden, bevor die wichtigsten Fragen: Beleuchtung, Beheizung, Wasserbeschaffung u. a. gelöst waren.

Angesichts der vorerwähnten, tatsächlich vorhandenen Mißstände erachten es die Gefertigten als ihre Pflicht, den

Antrag

zu stellen:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Es ist unverzüglich ein eigener Ausschuß zu wählen, welcher die ganze Krankenhausbauangelegenheit genauest zu prüfen und noch in dieser Session dem Landtage hierüber einen eingehenden Bericht zu erstatten hat.

2. Es ist auf die eheste Fertigstellung des so wichtigen Neubaus zu dringen.

Graz, am 21. September 1909.

Dr. **Franz Buchas**.

Sagenhofer.	Schweiger.
Wagner.	Prisching.
Joh. Krenn.	M. Riegler.
Berger.	Joh. Tomajsch.
Kern.	Huber.
J. Riemer.	Schwab.
Gölles.	Sojch.
Ranzler.	Schoiswohl.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Bastian**, **Neger** und Genossen, betreffend den Bau der Bahn von Marburg nach Wies.

Hoher Landtag!

Die Unterzeichneten stellen den Antrag, der hohe Landtag möge für die Verwirklichung des Bahnprojektes Marburg—Wies einen Beitrag von einer Million Kronen als Stammaktienkapital aus Landes-

mitteln bewilligen: Diese Summe soll in fünf Jahresraten zu je 200.000 Kronen flüssig gemacht werden.

Graz, am 22. September 1909.

Heinrich Wastian.

Franz Neger.	Emil Seidler.
Reitter.	Emil Kunz.
Krebs.	Schweiger.
Josef Mosdorfer.	Dr. Hofmann.
Dr. Puchas.	Größwang.
Leopold Feßler.	Hans Gölles.
Ornig.	F. Pichler.
Erber.	Sagenhofer.
Ant. Werba.	M. Einspinner."

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Puchas und Genossen wegen Gewährung von Unterstützungen zur Behebung der Futternot und zur Regenerierung von Wiesen.

Hoher Landtag!

Infolge der im heurigen Frühjahr eingetretenen Trockenheit war die Heuernte so gering, daß sich in allen Teilen Mittel- und Obersteiermarks eine empfindliche Futternot geltend macht, die umso drückender ist, als infolge der vorjährigen Heu-Mißernte die sämtlichen alten Futtervorräte erschöpft sind. An verschiedenen Orten ist diese Futternot durch die eingetretenen Hagelschläge noch vergrößert worden.

Außerdem ist ein großer Teil der Wiesen durch die massenhaft auftretenden Engerlinge verwißt worden, sodaß eine Regenerierung dieser Wiesen dringend notwendig ist, soll nicht im nächsten Frühjahr abermals eine Futternot eintreten.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Es ist den infolge des Futtermangels in Not geratenen Grundbesitzern von Mittel- und Obersteiermark eine entsprechende Unterstützung aus Landesmitteln zu gewähren sowohl zur Behebung der Futternot, als auch zur Regenerierung der Wiesen.“

Graz, am 21. September 1909.

Dr. Franz Puchas.

Berger.	Schoiswohl.
Suber.	Hans Gölles.
Prisching.	Johann Tomaschits.
Wagner.	F. Sagenhofer.
Riemer.	M. Niegler.
Sojch.	Schweiger."

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Karl Verstoršek, Pišek und

Genossen, betreffend die Uferschutzbauten der Paaf im Bezirke Schönstein.

Hoher Landtag!

Die Paaf tritt alljährlich an mehreren Stellen in den Gemeinden Wöllan, Schönstein und St. Martin a. d. Paaf über ihre Ufer und verursacht durch ihre Überschwemmungen an den nahegelegenen Äckern, Wiesen und Feldern großen Schaden. Überdies hat sich der Bach an vielen Orten ein neues Bett gemacht und dadurch viele Besitzer um ganz bedeutende Stücke Grundes gebracht.

Da diesem Übelstande durch stellenweise Uferschutzbauten mit wenigen Kosten abgeholfen werden könnte, stellen die Unterfertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die notwendigen Arbeiten am Paafflusse zur Behebung dieser Übelstände einleiten und studieren zu lassen und darüber sobald als möglich Bericht zu erstatten.“

Graz, am 21. September 1909.

Dr. Karl Verstoršek.

Dr. Korosec.	M. Meško.
Fr. Pišek.	P. Novak.
J. Dzimec.	Dr. Benkovič.
Noškar.	Terjlab.
Robič.	Dr. Fr. Jančovič.

Brečko."

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Karl Verstoršek, Pišek und Genossen, betreffend die Regulierung des Mißlingbaches bis zur Einmündung in die Miß bei Unterdrauburg.

Hoher Landtag!

Der Rechenschaftsbericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses für das Jahr 1908 widmet in dem Kapitel: „Sonstige Bauten an Gewässern“ einige Worte ebenfalls der Regulierung des Mißlingbaches im Bezirke Windischgraz und gibt die bisher unternommenen Schritte in dieser Angelegenheit an. Obwohl aus dem kurzen Berichte die Notwendigkeit der Regulierung kleinlaut zugegeben wird, scheint man doch nicht derselben genügend Aufmerksamkeit schenken zu wollen, da der Bericht zum Schlusse nur konstatiert, daß dem Landes-Ausschusse keine weitere Mitteilung zugekommen ist.

Da diese Regulierung für den ganzen Windischgrazer Bezirk eine Wohltat wäre und viele Besitzer, deren Besitzungen so oft durch Überschwemmungen gefährdet sind, von manchen Sorgen befreit würden,

ferner mit Rücksicht darauf, daß die nötigen Vorarbeiten in Angriff genommen sind, stellen die Unterfertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die Mißlingregulierung nach Abschluß der nötigen Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen.“

Graz, am 21. September 1909.

Dr. Karl Berstovšek.

Fr. Pišek.

J. Džmec.

Dr. Fr. Jančovič.

Dr. Korosec.

Dr. J. Benkovič.

Novak.

M. Meško.

Terzlab.

J. Roškar.

Robič.

Brečko.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Joh. Krenn und Kern wegen Unterstützung der durch Hagelschlag schwer geschädigten Besitzer im politischen Bezirke Radkersburg.

Hoher Landtag!

Bei dem bekannt großen Hagelschlag am 24. Juli 1909 wurden auch mehrere Gemeinden des politischen Bezirkes Radkersburg arg in Mitleidenschaft gezogen. Hauptsächlich waren es die Gemeinden Unterpurkla, der südliche Teil von Oberpurkla, Dornau, Halbenrain und Windisch-Goritz.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Der Landes-Ausschuß wolle auf Grund der von der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Radkersburg gepflogenen Schadenerhebungen den durch diesen Hagelschlag in Notlage geratenen Besitzern ehestens eine Unterstützung zukommen lassen.“

Graz, am 21. September 1909.

Joh. Krenn.

M. Riegler.

Huber.

Kern.

J. Sagenhofer.

Tomajsič.

Dr. Franz Buchas.

Schweiger.

Šošč.

Gölles.

Berger.“

Schriftführer **Riegler** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Hofmann, Bastian und Genossen, betreffend die geplante Erhöhung der Frachttarife auf den Linien der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Hoher Landtag!

Die Regierung hat bekanntlich die Absicht, demnächst mit einer umfassenden Erhöhung der Güter-

tarife auf den k. k. Staatsbahnen vorzugehen. Nun sollen aber nach vorliegenden Zeitungsnachrichten die Tariffäge auf den Linien der Südbahn noch über das Ausmaß der künftigen Staatsbahntarife hinaus um einen weiteren Zuschlag von rund 7 Prozent erhöht werden.

Dadurch würden neuerlich die Alpenländer und insbesondere Steiermark in einseitiger Weise belastet, deren Industrie und Gewerbe, Handel und Konsum gegenüber den nördlichen und östlichen Ländern, in denen nach den letzten großen Verstaatlichungsaktionen die staatliche Verkehrs- und Tarifhoheit vollständig durchgeführt wird, schwer geschädigt werden.

Dagegen muß rechtzeitig entschiedene Einsprache erhoben werden. Die Alpenländer, die ohnehin noch unter den Mißständen des gemischten Systems im Eisenbahnwesen leiden, können nicht zugeben, daß sie für die frühere finanzielle Mißwirtschaft der Südbahn noch einen besonderen Tribut entrichten sollen, während sie doch mit ihren Steuern auch gleich allen anderen Ländern für die Abgänge des Staatsbahnbetriebes aufkommen müssen. Ebenso wenig kann zugegeben werden, daß unserer alpenländischen Erzeugung durch derartige einseitige Tarifmaßnahmen der Wettbewerb geradezu unterbunden wird.

Die Gefertigten stellen demnach den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, ungefäunt eine neuerliche Vorstellung an die k. k. Regierung zu richten, in welcher namens der Landesvertretung von Steiermark gegen die angeblich mit Zustimmung der Regierung geplante einseitige Erhöhung der Südbahntarife über das künftige Ausmaß der Tarife der k. k. Staatsbahnen hinaus entschiedene Verwahrung eingelegt wird.“

Graz, im September 1909.

Dr. Hofmann.

Bastian.

Franz Neger.

Fehrer.

B. Franz.

Dr. v. Raan.

M. Einspinner.

M. Stallner.

Joest.

J. Drnig.

Karl Perschy.

Herm. Bührlen.

M. Krebs.

M. Langer.

Leopold Feßler.

Größwang.

Josef Mosdorfer.

Reitter.

Emil Sedlaczek.

Erber.

Anton Otter.

Franz Pichler.

Ant. Werba.

Johann Gerlich.

Emil Kunz.

Emil Seidler.

Vinzenz Capra.

Josef Wolfbauer.“

Schriftführer **Wolfsbauer** (liest):

„A n t r a g

der Abgeordneten Einspinner und Genossen, betreffend die Errichtung einer k. k. Staatseisenbahn-Direktion für Steiermark mit dem Standorte Graz.

Höher Landtag!

Wenn vom Einreicher dieses Antrages gelegentlich der letzten Budgetberatung im Abgeordnetenhaus darüber Klage geführt wurde, daß das Land Steiermark in Bezug auf das Eisenbahnwesen die Rolle des Aschenbrödel im Reiche spiele, so wurde damit nur längst bestehenden, bitteren Gefühlen der Bevölkerung Steiermarks ein entsprechender Ausdruck gegeben.

Wenn auch in anderen Ländern auch Lücken im Eisenbahnwesen zu verzeichnen sind, so stehen dort die Dinge durchwegs so, daß wenigstens die übrigen verkehrspolitischen Verhältnisse auf die jeweiligen Bedürfnisse und örtlichen Einzelheiten Rücksicht nehmen.

Es ist lediglich nur die Konstatierung von Tatsachen und keineswegs Meid, wenn z. B. auf Tirol verwiesen wird. Eine jahrelange systematische Verkehrszusammenfassung brachte es dort zuwege, daß vielfach der anderen Ländern notwendige und zukommende Verkehr in dieses Land gelenkt und der dortigen Bevölkerung nutzbar gemacht wurde. Eine solche planmäßige Verkehrszusammenfassung bedingt naturgemäß wieder die Erbauung neuer Linien und so konnte sich dieses Land geradezu sprunghaft in Bezug auf das Eisenbahnwesen — noch dazu auf die kostspieligste Art — entwickeln, während besonders Steiermark weit, weit zurückblieb.

Wie die Verhältnisse in Steiermark seit jeher liegen, kann es auch gar nicht Wunder nehmen, daß auf unser Land immer wieder vergessen wurde, hatten wir doch zum bedauerlichen Unterschiede von anderen Ländern nie eine eigene k. k. Eisenbahnbehörde. Daß hiedurch den Eisenbahnfragen unseres Landes auch nie ein besonderes Augenmerk zugewendet wurde, ist bedauerlich, aber nicht verwunderlich.

Während fast alle Länder der Monarchie ihre eigenen Eisenbahn- oder doch Betriebs-Direktionen haben, ist das Land Steiermark verschiedenen Direktionen zugeteilt. Andere Länder, selbst so ein kleines wie die Bukowina oder so ein eisenbahnarmes wie Dalmatien erreichten es längst, daß ihre Eisenbahnlinien von einer k. k., Direktion im Lande, also vom Gesichtswinkel des Landes aus, geleitet und gefördert werden.

Daß in allen den anderen Ländern das Augenmerk

der Direktionen in jedweder Hinsicht zuerst dem eigenen Lande zugewendet wird, das ist auch begreiflich. Steiermark, als von allen Direktionen „abseits“ liegendes Land, mußte es sich gefallen lassen, bei allen den wichtigen Eisenbahnfragen, betrafen dieselben nun verkehrspolitische, verkehrsverbessernde, administrative oder geschäftliche Belange, ausgeschaltet zu sein.

Es verdient ganz gewiß dankbarst erwähnt zu werden, daß der jetzige Staatseisenbahn-Direktor in Villach, Herr Hofrat Wagner, seit seinem Amtsantritte als Staatseisenbahn-Direktor bestrebt war, auch den steirischen Linien seiner Direktion seine reichen Erfahrungen wie seine werktätige Zuneigung zuzuwenden. In vielen wichtigen Fragen jedoch ist eine Persönlichkeit, mag sie noch so wohlwollend denken, nicht immer ausschlaggebend. Ein bloßer Wechsel in der Person des Direktors kann genügen, um wieder unhaltbare Verhältnisse zu zeitigen.

Außerdem unterstehen dermalen nicht einmal alle steirischen Staatsbahnlinien der Villacher Direktion, es ist vielmehr das Unikum zu verzeichnen, daß Steiermark zu nicht weniger als zu vier, sage vier k. k. Staatseisenbahn-Direktionen gehört. Zu Villach, Wien, Innsbruck und Linz. Nebstdem gehören noch — und daran ist eine Änderung zur Zeit natürlich ausgeschlossen — sämtliche, von der Südbahn betriebenen Linien zur Südbahndirektion Wien, also zu einer fünften Direktion. Dann kommt auch noch die niederösterreichische Landesbahn in Betracht. Unter solchen Verhältnissen kann wohl von einer einheitlichen systematischen Förderung des Verkehrs und der Interessen des Landes Steiermark, von einer Konzentrierung des Verkehrs nach der Landeshauptstadt selbstverständlich keine Rede sein. Daß zum Beispiel die Direktion Linz oder die Direktion Innsbruck den Verkehr nach Graz zu lenken gesonnen sein wird, dürfte ernstlich doch kaum jemand meinen.

Zu welchen grotesken Verhältnissen diese Zustände, wie sie heute in Steiermark obwalten, führen, möge aus folgendem Beispiel ersehen werden: Wollte man heute (was doch gewiß nur durchaus natürlich wäre) aus einem der beliebtesten Sommeraufenthaltssorte, aus Murrsee, nach Graz Sonderzüge einleiten, so müßte man mit den Staatseisenbahn-Direktionen Linz, Innsbruck, Villach und mit der Südbahn-Direktion Wien Verhandlungen pflegen.

Eine wichtige Verkehrsfrage für Steiermark ist die Beagierung der Linie Graz—Leoben. Diese Angelegenheit, die im Interesse der Landeshauptstadt je eher desto besser durchgeführt werden muß, wird

früher jedoch kaum günstig zu erledigen sein, bis nicht Steiermark in Graz eine eigene selbständige k. k. Eisenbahnbehörde hat.

Die Belange des Fremdenverkehrs in Steiermark werden ins solange nur in kleinen Partikeln behandelt werden können, ins solange nicht von einer k. k. Eisenbahn-Zentralstelle im Lande der entsprechende Nachdruck gegeben wird.

Aber auch in das geschäftliche Leben Steiermarks schneidet diese Frage tief ein; man erwäge, daß heute alle Arbeitsvergebungen außer Landes geschehen. Siedurch wird die einheimische Geschäftswelt, die doch auch ein Recht hat, Berücksichtigungen zu verlangen, vielfach gerade ausgeschaltet. Die Vergebungsbedingungen der Villacher Direktion liegen heute in Villach, jener der Vinzer in Vinz u. s. w. auf.

Der Einwand, daß Steiermark nicht genügend Staatsbahnlinien besitze, damit an die Errichtung einer eigenen selbständigen Direktion für Steiermark gedacht werden könne, ist hinfällig, denn folgende steirische Linien können ohneweiters einer eigenen Direktion unterstellt werden:

Oststeirische Linien	166 Km.
Mürzzuschlag—Neuberg . . .	12 "
Beltweg—Gilli	185 "
Michael—Amstetten	184 "
Bordernberg—Gießlau	35 "
Selzthal—Aussée	50 "
Zusammen	632 Km.

In diese Zusammenstellung sind die Linien St. Michael—Judenburg—Neumarkt und die Muraltalbahn, die sich vielleicht aus verkehrstechnischen Rücksichten von Villach schwer abtrennen lassen dürften, nicht einbezogen. In diese Zusammenstellung sind auch jene Projekte nicht einbezogen, deren Verwirklichung nur mehr eine Frage kurzer Zeit sein kann; z. B. Gleisdorf—Gartberg, die Fortsetzung über Gleichenberg—Radkersburg nach dem Süden, die Westobersteirische Verbindungsbahn u. s. w. Kommen diese Linien im Laufe der Jahre noch dazu, so ergibt sich in Steiermark ein gar nicht kleines Staatseisenbahnnetz. Tatsache ist übrigens, daß man in anderen Ländern für eine weitaus geringere Kilometeranzahl als wir sie heute schon haben, eigene Direktionen errichtete. In Olmütz wurde beispielsweise seinerzeit schon bei etwas über 300 Km. eine eigene Direktion errichtet. Tatsache ist es übrigens, daß es Direktionen gibt, die nicht viel mehr und selbst weniger als die bereits in Steiermark vorhandenen 632 steirischen Kilometer aufweisen.

So hat die k. k. Staatsbahn-Direktion in Olmütz 687, die Direktion in Czernowitz 552 und jene der Böhmisches Nordbahn gar nur 369 Km.

Was also anderen Gebieten längst zugestanden wurde, das zu verlangen hat auch Steiermark volles Recht.

Die energische Behandlung dieser Frage durch alle in Steiermark in Betracht kommenden öffentlichen Faktoren, besonders durch den hohen Landtag, ist gerade in diesem Augenblicke dringend notwendig. Die Gefahr, daß nach Fertigstellung der Wechselbahn die oststeirischen Linien der Direktion Wien unterstellt werden, ist naheliegend, wenn die Vertretung des Landes Steiermark lässig wäre und kein Interesse nach einer eigenen steirischen k. k. Staatsbahn-Direktion bekundet. Würde der jetzige Zeitpunkt verpaßt und wird nicht jetzt schon mit allen Mitteln diese für Steiermark hochwichtige Verkehrsfrage behandelt und betrieben, so dürfte es später, wenn einmal die oststeirischen Linien der Direktion Wien zugeteilt sind, kaum mehr möglich sein, eine Änderung erwirken und das Interesse Steiermarks wahrnehmen zu können.

In Anbetracht aller dieser Verhältnisse stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, unverzüglich mit dem k. k. Eisenbahnministerium Verhandlungen wegen Errichtung einer k. k. Staatseisenbahn-Direktion für Steiermark mit dem Standorte Graz einzuleiten.“

Der Landes-Ausschuß wird weiters beauftragt, diese Aktion fortzusetzen, und hat derselbe bis zur Realisierung dieser Angelegenheit in jeder Session über den Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten.“

Graz, am 19. September 1909.

August Einspinner.

Rodolitsch.	Viktor Franz.
Heinrich Wastian.	Dr. Hofmann.
Fraudenegg.	M. Krebs.
Sedlacek.	J. Ornig.
Leopold Fessler.	Franz Pichler.
Josef Mosdorfer.	Emil Seidler.
Klammer.	Emil Kunz.
v. Ritter-Bahony.	Franz Meger.
Dr. v. Kaan.	Anton Werba.
Lamberg.	Michael Brandl.
E. Enbloch.	Joest.
Erber.	Kellersperg.

K. Riemelmoser. B. Capra.
R. Mahr-Melnhof. Rudolf Dehne.
S. Vührlin. Reitter.
Pierer. Karl Pferschy.

Größwang.“

Landeshauptmann: Diese neun Anträge werden in Druck gelegt und sodann der weiteren geschäftsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Es sind mir auch zwei Interpellationen, an Se. Exzellenz den Herrn Statthalter gerichtet, übergeben worden. Ich bitte die Herren Schriftführer, deren Verlesung vorzunehmen.

Schriftführer **Niegler** (liest):

„Interpellation

des Abgeordneten Dr. B. Rukobec an Se. Exzellenz Grafen Clary und Aldringen als k. k. Statthalter wegen Nachsicht der durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Luttenberg gegen zahlreiche Marktbesitzer von Wernsee wegen Übertretung eines Weideverbotes übermäßig hohen verhängten Geldstrafen.

Im Markte Wernsee, an der Ostgrenze des Landes am rechten Murufer gelegen, besteht noch heute eine Gemeinschaft des Klassenvermögens, an welchem derzeit 69 Mitglieder anteilsberechtigt sind. Dieses Klassenvermögen besteht in einem grundbücherlich noch ungeteilten Grundkomplex von zirka 400 Joch und bildet im Grundbuche des k. k. Bezirksgerichtes Luttenberg die Grundbucheinlage 167 der Katastralgemeinde Wernsee. Seit vielen Jahrhunderten wurde dieser wenig produktive Boden teils als gemeinsame Weide, teils durch Brennholzentnahme einverständlich seitens aller anteilsberechtigten Bürger des Marktes genützt. Servitutsberechtigt waren außerdem der jeweilige Pfarrer, Lehrer, Mehner und Wassenmeister des Marktes. In den guten alten Zeiten der Naturalwirtschaft gab es keinen Streit über die Art der Nutzungen und herrschte diesbezüglich die schönste Eintracht. In den letztvergangenen Jahrzehnten tauchten jedoch immer wieder Meinungsverschiedenheiten auf und kam es zu argen Streitigkeiten zwischen den Interessenten, indem die vermögenden Mitglieder der Gemeinschaft eine physische Teilung des gemeinsamen Grundbesitzes und Nutzung desselben als Wiesengrund, beziehungsweise Wald anstrebten, während die Mehrzahl der Bewohner hingegen auf die Benützung des Bodens als gemeinsame Weide den größten Wert legte. Die letztere Tendenz machte sich besonders in den letzten Jahren infolge der allgemeinen Futternot umso mehr bemerkbar. Als sich unter dem nunmehr verstorbenen Bürgermeister Josef Sterc einzelne Bürger wiederholt mit Beschwerden gegen die Weideansprecher an die politi-

sche Behörde wandten, wurden sie mit ihren Beschwerden meistens abgewiesen, indem die politischen Behörden den nach meiner Ansicht richtigen Standpunkt vertraten, daß es sich um ein zivilrechtliches Verhältnis handle, worüber die ordentlichen Gerichte zu entscheiden berufen wären. Vor einigen Jahren verließ nun die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Luttenberg merkwürdigerweise auf einmal den früher eingenommenen Standpunkt und begann mit Verhängungen von Geldstrafen wegen Weidens auf einem Teile der sämtlichen 69 Bürgern miteigentümlichen Gründe, welchen Teil einzelne Interessenten ausschließlich der Aufforstung und Holzgewinnung gewidmet wissen wollten.

Ein bezügliches Übereinkommen der zur Entscheidung darüber berufenen Interessenten wurde weder angestrebt, noch versucht.

Die Weideansprecher ließen sich ihre ererbten Weiderechte jedoch nicht verkümmern, noch ließen sie sich überzeugen, daß die Bezirkshauptmannschaft gegen sie in diesem Falle ohne weiteres die Strafnorm der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, R.-G.-Bl. Nr. 96, beziehungsweise den § 60 : 8 des Forstgesetzes, mit Recht zur Anwendung bringe.

Die armen Leute fühlten sich in ihren Lebensinteressen betroffen und fügten sich, was allerdings zu mißbilligen ist, dem Weideverbote nicht, was immer strengere Geldstrafen zur Folge hatte, sodaß heute bei vielen Mitgliedern der gedachten Gemeinschaft des Klassenvermögens von Wernsee die wegen Übertretung des Weideverbotes auf ihrem eigenen Grund und Boden verhängten Geldstrafen 400—500 K ausmachen. Die verhängten Strafen wurden unnachsichtlich geradezu barbarisch eingetrieben, sodaß zahlreiche Existenzen durch diese strengen Maßnahmen der Behörden vernichtet erscheinen. Damit ich nicht etwa einer Übertreibung geziehen werde, lasse ich nachstehend einige Beispiele folgen:

1. über Theresia Anisak wurde mit Erkenntnis vom 12. Mai 1906, Zahl 12.822, eine Geldstrafe von 20 K, eventuell 48 Stunden Arrest; mit Erkenntnis vom 10. Juli 1906 eine weitere Geldstrafe von 50 K oder 5 Tagen Arrest; am 30. Mai 1908, Z. 14.432, eine weitere Geldstrafe von 60 K oder 6 Tagen Arrest; am 29. September 1908, Z. 1977, eine weitere Geldstrafe von 60 K oder 6 Tagen Arrest, sowie am 6. Juli 1908, Z. 6741, eine Geldstrafe von 50 K verhängt und mit Bescheid vom 14. August 1909, Z. 9393, zur Eintreibung die öffentliche Versteigerung eines Schweines und von 6 Megen Weizen auf den 3. September 1909 angeordnet, sodaß Theresia Anisak allein einen Betrag

von 23 K 30 h bereits bezahlt und einen Strafbetrag per 141 K noch zu bezahlen hat.

2. Johanna Emerkar hat einen Strafbetrag per 1 K 80 h bezahlt, eine Arreststrafe von 24 Stunden abgebüßt und soll noch 10 K zahlen.

3. Marie Galunder büßte die mit Bescheid vom 11. Juni 1908, Z. 6763, eingeforderte Geldstrafe von 30 K gleichfalls mit 3 Tagen Arrest ab, um den Verkauf einer gepfändeten Kuh zu verhindern, aber schon mit Bescheid vom 5. Mai 1909, Z. 15.484, wurde bei derselben Marie Galunder zur Eintreibung eines weiteren Betrages per 3 K 60 h an Waldschaden neuerdings eine Zwangsversteigerung, und zwar eines Schweines, angeordnet.

4. Karl Rapun saß 24 Stunden im Arreste, um eine Schwein, das laut Bescheid vom 11. Juni 1908, Z. 6763, zur Versteigerung hätte gelangen sollen, zu retten.

5. Bei Marie Rapun wurde wegen 1 K 22 h die Versteigerung eines Schweines mit Bescheid vom 5. Mai 1909, Z. 15.484, angeordnet. Die am 11. Juni 1908, Z. 6763, auferlegte Geldstrafe per 10 K hatte sie bereits mit Arrest von 24 Stunden abgebüßt.

6. Bei Georg Panič wurde mit Bescheid vom 14. August 1909, Z. 9393, zur Eintreibung einer Geldstrafe per 50 K der Verkauf einer Kuh angeordnet.

7. Ferner hat Johann Rajner an ähnlichen Strafen den Betrag per 80 K 48 h bereits bezahlt und soll noch den Betrag per 115 K entrichten.

8. Ferner hat Philipp Saboti den Strafbetrag per 34 K bezahlt.

9. Anton Seršen hat an Geldstrafen den Betrag von 37 K 32 h bezahlt und 4 Tage Arrest abgebüßt und schuldet noch 90 K an Geldstrafen, ferner hat derselbe an Kommissionskosten bereits 100 K gezahlt und schuldet noch 66 K 41 h.

Von den weiteren bezüglichlichen Strafen wären noch zu erwähnen:

10. Marie Sonaja 60 K oder 6 Tage Arrest.

11. Matthias Sonaja 50 K, gepfändet 8 Megen Weizen.

12. Martin Sonaja Strafbeträge von 20, 70, 80 und 7 K 32 h, gepfändet 9 Megen Weizen.

13. Johanna Smidlehner bezahlt 95 K, noch zu bezahlen 60 K.

14. Johann Verzel Geldstrafe gezahlt 33 K, 5 Tage Arrest.

15. Martin Zelenko Geldstrafe 50 K, gepfändet 9 Megen Weizen.

16. Gertrud Zabota Schadensbetrag per 3 K 66 h.

17. Matthias Zvare bezahlt 30 K und zu bezahlen noch 90 K, zur Eintreibung von 4 K 88 h, Weizen im Werte von 13 K gepfändet und um den Betrag von 7 K behördlich verkauft.

18. Pfarrer Lorenz Janžefovič Geldstrafe 20 K.

19. Franz Ruoljen 3 K Geldstrafe, 24 Stunden Arrest.

20. Franziska Österc 30 K Geldstrafe.

21. Marie Gajjar 33 K 4 h Geldstrafe.

22. Anton Österc 4 K Geldstrafe.

23. Franz Čuf 4 K Geldstrafe.

24. Franz Kralj 11 Tage Arrest, 100 K Geldstrafe noch zu bezahlen.

25. Franz Tiplic bezahlt 97 K, Arrest 5 Tage, zu zahlen noch 100 K.

26. Johann Laun 7 Tage Arrest, 100 K zu bezahlen.

27. Franz Zabota 34 K 92 h bezahlt, zu bezahlen noch 65 K.

28. Anna Prelóg Geldstrafe 2 K, Arrest 24 Stunden.

29. Martin Ferenz Geldstrafe 14 K, Arrest 2 Tage.

30. Marie Alekšič Geldstrafe 20 K, Arrest 24 Stunden.

Bei Josef Janžič wurde wegen eines Strafbetrages per 1 K ein Schwein gepfändet. Indem bei Bornahme der Versteigerung das dem Josef Janžič gehörige Schwein krank war, pfändete der Exekutor widerrechtlich ein ebendasselbst verwahrtes Schwein, Eigentum einer dritten Person, der Marie Janžič, welches Schwein 12 K wert war, jedoch exekutiv nur um 4 K angebracht wurde.

So werden seitens der Bezirkshauptmannschaft in Luttenberg Strafen verhängt und eingebracht.

Am Pfingstamstag laufenden Jahres herrschte in Wernsee infolge der massenhaft nach obigem Muster vorgenommenen Pfändungen allerdingendst notwendigen Nutzviehes und Getreides eine derartige allgemeine Aufregung, daß es ein Wunder zu nennen ist, daß ernste Unruhen und Blutbergießen vermieden wurden.

Ein solches Vorgehen ist mit der Rolle des modernen Staates als einer Wohlfahrtseinrichtung wohl nicht zu vereinbaren. Anstatt der Fürsorge und wohlwollenden Aufklärung maßlose Geldstrafen, die mit der Vermögenslage der Betroffenen in gar keinem Verhältnisse stehen, und Arrest! Das heißt, das arme Volk zur Verzweiflung treiben. Die Holzspekulanten, welche bald das ganze Bachergebirge von Wäldern entblößt und verwüstet haben werden, spekulieren wegen

wissentlicher Übertretungen des Forstgesetzes nach der üblichen Praxis auf minimale Geldstrafen und streichen hiebei große Profite ein, bei den armen, hungernden Bauern in Wernsee werden aber seitens unserer fürsorglichen k. k. politischen Behörde wegen obendrauf zweifelhafter Übertretungen wahre Vermögenskonfiskationen vorgenommen. Und hiebei wird nicht berücksichtigt, daß sich die Betroffenen geradezu im Notstande befinden und von ihrem ererbten Rechte Gebrauch zu machen glauben, wenn sie ihre einzige Habe, ihr Hausvieh, wie früher durch Jahrzehnte ungehindert, auch fernerhin auf die ihnen gemeinsam eigentümliche Weide schicken.

Daß die Kompetenz der politischen Behörde diesbezüglich sehr fraglich ist, erhellt aus dem Umstande, daß laut Vergleiches G.-B. C 54/9/7 im heurigen Sommer auf einmal beim k. k. Bezirksgerichte in Luttenberg in derselben strittigen Angelegenheit eine Vereinbarung der Streittheile herbeigeführt wurde, derzufolge über die Teilung und Nutzung des Klassenvermögens der Bürger von Wernsee durch Vermittlung des steiermärkischen Landes-Ausschusses eine auf Grund des Landesgesetzes für agrarische Operationen einzusetzende Kommission endgültig entscheiden soll.

Auf einmal erscheint also das Gericht und der Landes-Ausschuß kompetent.

Daraus geht hervor, daß das Vorgehen der politischen Behörde in diesem Falle mindestens äußerst hart und geradezu unhuman gewesen ist.

Der Gefertigte erlaubt sich, auf Grund dieses Sachverhaltes an Se. Erzellenz den Herrn Statthalter die
Anfrage
zu stellen:

„1. Ist derselbe Willens, dahin zu wirken, daß die den zahlreichen Mitgliedern der Gemeinschaft des Klassenvermögens in Wernsee durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Luttenberg wegen Übertretung des Weideverbotes zwar rechtskräftig auferlegten, aber maßlosen Geldstrafen, soweit dieselben noch aushaften, nachgesehen werden?

2. Ist derselbe Willens, den untergeordneten politischen Behörden bei Auferlegung und Eintreibung von Geldstrafen ein humanes Vorgehen ans Herz zu legen?“

Graz, am 21. September 1909.

Albert Horvatek. Dr. B. Rukobec.

Josef Wolfbauer. Dr. Mich. Schacherl.

Schriftführer **Wolfbauer** (liest):

„Interpellation

des Abgeordneten Josef Wolfbauer und Genossen an Se. Erzellenz den Herrn Statthalter, betreffend die Ersatzpflicht bei Unfällen im Automobilverkehr.

Anlässlich des Semmering-Automobilrennens am 19. September d. J. passierte ein Automobil mit roter Karosserie und der Bezeichnung H (die Nummer war wegen der großen Geschwindigkeit und wohl auch, weil die Tafel mit Straßenfot besprüht war, unleserlich) in rasendem Tempo die Ortschaft Traßöß, Gemeinde Pernegg. Zur selben Zeit, es war um 9 Uhr vormittags, brachte gerade der Grundbesitzer Vinzenz Schaffer aus seinem ganz nahe der Straße befindlichen Stalle die Kühe auf die Weide. Als der Automobilführer das Vieh bemerkte, öffnete er den Hahn des Auspuffrohres und verursachte damit ein donnerähnliches Geknatter und Gepolter, wodurch die Kühe scheu wurden, durchgingen und gegen die Mür zu galoppierten. Die Kühe wurden zum Stehen gebracht, aber eine derselben, und zwar gerade die beste von allen, hatte sich durch die übermäßige Anstrengung des Laufens und durch die Aufregung einen innerlichen Defekt zugezogen, infolge welchem es verendet wäre, wenn nicht der Besitzer, um nicht einen noch größeren Schaden zu erleiden, zur Notschlachtung geschritten wäre.

Dieser Besitzer erleidet dadurch einen Schaden von ungefähr 300 K und hat keinerlei Mittel, den Schuldigen zu eruiieren und zur Ersatzpflicht heranzuziehen.

Obwohl in dem Reichsgesetze vom 27. September 1905, R.-G.-Bl. Nr. 156, insbesondere durch die §§ 10, 38 und 40 ein solch rücksichtsloses Vorgehen unter Strafanktion gestellt wird, so ist es, wenn man die Nummer nicht kennt, einem Automobilisten fast immer möglich, sich der Verantwortung zu entziehen.

Die Gefertigten richten deshalb an Se. Erzellenz den Herrn Statthalter das Ersuchen, für solche ähnliche Fälle Vorsorge und Abhilfe zu schaffen und besonders auch zu erwägen, ob es nicht im Wege einer entsprechenden Novellierung des zitierten Gesetzes möglich wäre, in Fällen, wo man die Person des Schuldtragenden nicht ermitteln kann, die Ersatzpflicht auf die Landesvereinigung der Automobilisten zu übertragen.

Graz, am 21. September 1909.

Josef Wolfbauer.

Größwang.

Karl Perschy.

Göst.

Johann Gerlich.

Riemelmoser.

Pierer.

Heinrich Wastian.

Brandl.

Landeshauptmann: Die während der heutigen Sitzung zur Verlesung gelangten und an Se. Erzellenz den Herrn Statthalter gerichteten Interpellationen werde ich die Ehre haben, dem Herrn Regierungsvertreter zu übergeben.

Die nächste Sitzung beantrage ich für morgen

Mittwoch den 22. September 1909 um 10 Uhr vormittags. Auf die

Tagesordnung

beabsichtige ich zu setzen:

1. Begründung des Antrages der Abgeordneten Wagner, Krenn und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 39.)

2. Begründung des Antrages der Abgeordneten Schoiswohl, Berger, Prisching und Genossen, betreffend die Gewährung von Notstandsunterstützungen für die durch Elementarereignisse betroffenen Besitzer der politischen Bezirke Weiz, Hartberg, Mürzzuschlag, Bruck a. d. M. und Leoben. (Beilage Nr. 44.)

3. Begründung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten Johann Gerlig und Genossen betreffs Notstandsunterstützung. (Beilage Nr. 46.)

4. Begründung des Antrages der Abgeordneten Roskar und Genossen, betreffend die Abhilfe des durch die Dürre und Schädlinge entstandenen Futtermangels in Untersteier. (Beilage Nr. 47.)

5. Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. Buchas, Schweiger, Göllles und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 41.)

6. Begründung des Antrages der Abgeordneten Sagenhofer, Berger und Genossen in Notstandsangelegenheiten. (Beilage Nr. 42.)

7. Wahl der Landes-Ausschuß-Mitglieder und der Ersatzmänner derselben.

8. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Neuhaus im Gerichtsbezirke Trdnung um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 165 Prozent im Jahre 1909. (Beilage Nr. 27.)

9. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Krafaschatten im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 152 Prozent im Jahre 1909. (Beilage Nr. 28.)

10. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen des Bezirkes Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 75 Prozent für das Jahr 1909. (Beilage Nr. 30.)

Ist hinsichtlich des von mir für die Abhaltung der nächsten Sitzung in Vorschlag gebrachten Tages, der für den Beginn der Sitzung in Aussicht genommenen Stunde und der mitgeteilten Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Wenn sich keiner der Herren zum Worte meldet, so bleibt es dabei.

Es ist mir noch mitgeteilt worden, daß der Petitions-Ausschuß sich konstituiert hat. Zum Obmann wurde der Herr Abg. v. Ritter-Zahony, zum Obmann-Stellvertreter der Herr Abg. Kern, zu Schriftführern die Herren Abg. Freih. v. Enblich und Wolfbauer gewählt.

Es steht von den in der letzten Sitzung gewählten Ausschüssen noch die Konstituierung des Finanz-Ausschusses bevor, und ich glaube, mir erlauben zu dürfen, die Herren daran zu erinnern, daß sie die Absicht haben, jetzt nach der Hausführung die Konstituierung vorzunehmen, und ich schlage zu diesem Behufe den Sitzungssaal des Landes-Ausschusses im zweiten Stocke vor, wo die Sitzungen des Finanz-Ausschusses immer abgehalten werden.

Ist noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 10 Minuten nachmittags.)